

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Betriebsverhältnisse. Unter Neuabonnenten für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interlons-Gebühr
Beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Clemenceau.

Paris, 21. Juli. (Fig. Ber.) Die Arbeiterschaft frohlockt wie über einen errungenen Sieg, weil Clemenceau jählings von der Höhe der Macht herabgestürzt ist. Das zeigt, wie leidenschaftlich sie diesen Feind haßt, der alle Gewaltmittel des Klassenstaates mit vollkommener Rücksichtslosigkeit gegen sie angewendet hat. Wutstürmen bezeichnen den Weg des Ministers Clemenceau: Nantes, Narbonne, Raon l'Etape, Draveil, Billeneuve-St. George sind seine Stationen. Niemals seit der Konterrevolution von 1871 haben die Gerichte mit gleicher Wut gegen die politischen und sozialen Gegner des kapitalistischen Staats- und Wirtschaftssystems gewütet, nie waren die Polizeischikanen gegen die Versammlungsfreiheit so kleinlich, die Einschränkung der bürgerlichen Rechte der Staatsangestellten so gehässig und brutal. Die Chronik der beendeten Ära ist mit Willkürakten jeglicher Art angefüllt, mit Konflikten, die das Leben der Gesellschaft in weitem Umfang erschütterten. Und so ist die Befriedigung des Proletariats wohl zu verstehen, wenn auch die Sieger von gestern nicht besser sind als der Besiegte und zu den Nutznießern von Clemenceaus Fall die Arbeiterschaft sicher nicht gehören wird.

Vielleicht wird die Zukunft sogar zu einem billigeren Urteil über Clemenceau kommen, als es der noch fortbrennende Schmerz und Born über das Uebel, das er dem Proletariat angetan hat, zu formen vermag. Namentlich wenn sie die Enttäuschung nicht teilen wird, die jetzt noch über das Urteil mit einfließt und die notwendig am stärksten bei denen ist, die mit Clemenceau den Ausgangspunkt und die auf die Gesellschaft angewendete Betrachtungsweise gemeinsam haben. Die Anarchisten und Insurrektionellen mühten am meisten über das Renegatentum des Mannes empört sein, von dessen individualistischem Radikalismus sie soviel profitiert hatten und von dem sie plötzlich als Kapitän des bürgerlichen Staatsschiffs seine Individualität in autoritärer Schrankenlosigkeit entfalteten sahen. Und auch jene Sozialisten konnte die Erbitterung nicht erwartet bleiben, die auf die Welle der humanitären, für Gerechtigkeit um jeden Preis eintretenden Demokratie, die ihn emporgeliebt hatte, Vertrauen setzten. Sie werden auch leicht geneigt sein, das Veragen der bürgerlichen Reformpolitik, das in der Verschärfung der Klassengegensätze seine notwendige Ursache hat, vor allem dem treulosen radikalen Minister zur Last zu legen und am Grabe des „großen Ministeriums“ der radikalen Demokratie die Hoffnung auf ein kommendes besseres Geschlecht aufzupflanzen.

Sicherlich, Clemenceau hat sein vollgerüstet Maß politischer Sünden auf seinem persönlichen Konto. Im Verfall des Parlamentarismus, dessen die sozialistische Bewegung ebenso bedarf wie die Reaktion und den der anarchisistische Konfessionismus kompromittieren möchte, hat er mit Willkür und Korruption verhängnisvoll mitgewirkt. Die zynische Art, wie er mit seinem Anhang umsprang und umspringen konnte, hat der antiparlamentarischen Demagogie, in dem noch in sozialen Hoffnungen befangenen wie in dem heruntergekommenen und in dumpfem revolutionären Gefühl umherirrenden Kleinbürgertum viel Vorwärts geleistet. Aber im ganzen hat er doch das vollbracht, was er als Geschäftsführer der Klasse, die ihn bestellte hatte, leisten mußte. Er war ein bürgerlicher Minister in einer Epoche, wo die geängstigte Bourgeoisie Sicherheiten gegen die von der proletarischen Bewegung drohenden Umwälzungen und Strömungen erwartete. Daß er diese Erwartungen nicht enttäuscht hat, kann eigentlich nur jene vermundern, die an der Ansicht festhalten, ein in das Gefüge des bürgerlichen Staatsregiments eingetretener Minister könne, wenn er nicht ein schändlicher Verräter sei, seine Grundzüge von ebendem verwirklichen, auch wenn sie den Interessen der bürgerlichen Klasse zuwiderlaufen.

Clemenceaus Ministerschaft konnte in der Sphäre der inneren Politik nichts anderes als ein Regime der sozialen Reaktion werden. Sein in den Traditionen des demokratischen Bürgertums wurzelnder Chauvinismus aber hätte bei einer anderen politischen Konstellation und ohne vom Proletariat drohende Bergelung schwere internationale Krisen entfesseln können. Als beim Amtsantritt Clemenceau an dieser Stelle ein solches Horoskop gestellt wurde, mochte die noch fortwirkende Zuversicht mancher französischer Genossen auf die Verjüngung der bürgerlichen Demokratie darin einen ungerathenen Pessimismus erblicken. Es ist eine merkwürdige Bestätigung des damaligen Urteils, daß Genosse Jaurès in seinem Artikel über den Zusammenstoß zwischen Clemenceau und Delcassé das Wort Clemenceaus von der mangelnden Vorbereitung zum Krieg in den Augenblicken von Fashoda und Algieras in dem Sinn deutet, daß der Redner bei einem günstigeren Kräfteverhältnis den Krieg für angezeigt gehalten hätte. Indes muß man Clemenceau zugestehen, daß er gerade in der answärtigen Politik sein Temperament zu zähmen und Frankreichs internationale Situation durch eine Reihe von Abmachungen, zu denen besonders auch das Marokko-Abkommen mit dem Deutschen Reich gehört, auf eine den Frieden befestigende Art gebessert hat.

Sein Sturz ist das Werk seines zügellosen Temperaments, das ihm angesichts des mit kalter Berechnung attackierenden alten Feindes Delcassé durchging. Der Born der

Anhänger der Friedenspolitik sowohl als auch der „Patrioten“ schlug über seinem Haupt zusammen. Der Minister, der den Pakt von Algieras, diese Grundlage der deutsch-französischen Politik, als Schmach für sein Land erklärt hatte, war als politischer Chef der Republik unmöglich geworden. Aber es wäre zumindest voreilig, von diesem Zusammenbruch einer ermatteten politischen Persönlichkeit einen Wechsel des politischen Systems zu erwarten. Wenn in der internationalen Politik die Abenteuer ausweichende Vernunft hoffentlich die Oberhand behält, so ist eine Umkehr der Radikalen zu einer Politik der Zugeständnisse an das Proletariat gar nicht wahrscheinlich. Die riesige Mehrheit, die die Regierung in der Abstimmung über die allgemeine Politik erhalten hat, war kein persönlicher Triumph Clemenceaus, sondern die Sanftion der sozialkonservativen Politik. Clemenceau liegt am Boden, aber die Kasserre wittern jetzt erst recht Morgenluft. Es sieht nicht so aus, als ob die Erwartungen des „Temps“, der auf die Fortsetzung der „antirevolutionären“ Politik und auf den Bestand der Koalition der Mittelparteien rechnet, unerfüllt bleiben sollten.

Die Ministerkrise.

Allem Anschein nach wird sich die Lösung der Ministerkrise in Frankreich ziemlich einfach gestalten. Der Sturz Clemenceaus bedeutet eben nur die Veseitigung einer Person, das System aber, die sozialreaktionären Bestrebungen unter dem Deckmantel des Radikalismus zu fördern, wird bleiben. Und für dieses System ist der bisherige Justizminister Aristide Briand, der geschmeidige Streber, der es vom anarchisistischen Generalsekretär zum Minister gebracht hat, der gegebene Mann. Er dürfte daher Clemenceaus Erbe, das er schon so lange heiß ersehnte, antreten. Zunächst wird allerdings die Ministerpräsidentschaft Herrn Léon Bourgeois, dem anerkannten Chef der radikalen Partei, angetragen werden, dessen Rückkehr von einer Auslandsreise noch für gestern erwartet wurde. Man nimmt aber an, daß Bourgeois den Antrag zur Kabinettsbildung ablehnen wird, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, wahrscheinlich aber, um sich für das Amt eines Präsidenten der Republik nicht vorzeitig zu verbrauchen.

Falls Briand Ministerpräsident wird, dürfte er selbst zugleich das Ministerium des Innern übernehmen und die meisten der bisherigen Minister beibehalten. Das Verbleiben des Finanzministers Caillaux empfiehlt sich schon deshalb, weil das Projekt der von ihm eingebrachten Einkommensteuer noch im Senate zur Beratung steht und kein anderer so leicht diese schwierige Erbschaft übernehmen und vertreten will. Ebenso wünscht man das Verbleiben Pichons im Ministerium des Auswärtigen, da Pichon im ganzen eine besonnene und erfolgreiche Außenpolitik getrieben hat, und man auch Wert darauf zu legen scheint, zu demonstrieren, daß das erfolgreiche Auftreten Delcassés keine Kenderung in der französischen auswärtigen Politik verursachen kann. Von anderer Seite wird allerdings erzählt, daß Briand beabsichtige, das Ministerium des Auswärtigen seinem Freunde Millerand anzubieten, der ihm ja die Entwicklung vom Sozialisten zum bürgerlichen Minister vorgemacht hat. Dagegen soll der Kriegsminister Picard und der Marineminister Picard ausscheiden. Viviani würde das Arbeitsministerium, Barthou das Bauministerium beibehalten und auch der Handelsminister Crupps und der Landwirtschaftsminister Druau ins neue Ministerium übertreten, das also ein „Ministerium Clemenceau“ wäre. Dagegen würde Delcassé, der auf das Marineministerium gehofft hatte, ausgeschaltet bleiben. Endgültig erledigt ist Herr Simyan, der Unterstaatssekretär für Post- und Telegraphenwesen, dessen Brutalitäten den Poststreik provoziert haben.

Die Abrechnung mit dem Schnapsblock.

Zum Ausfall der Wahl in Landau-Neustadt wird und noch geschrieben:

In der Rheinpfalz, der ehemaligen Hochburg des Nationalliberalismus, haben die Nationalliberalen jetzt ihren letzten Reichstagsführer gegen die Sozialdemokraten zu verteidigen. Ehemals beherrschten sie die ganze Pfalz, bis wir ihnen 1898 den ersten Stich abnahmen. Andere Kreise gingen an die Wirtschaftliche Vereinigung und das Zentrum verloren. Und nun ist auch das letzte Mandat bedroht. Auffallend ist der Stimmrückgang der Nationalliberalen besonders auch deshalb, weil sie sich im Wahlkampf als die Oppositionspartei aufgespielt und die Verantwortlichkeit für die neuen Steuern dem Zentrum und den Bauernbündlern zugeschoben haben.

Die Wähler haben aber erkannt, wie wenig ernst es der Partei Drehscheibe mit ihrer Opposition gewesen ist, daß sie nur zu gerne bereit gewesen wäre, die geforderten und noch mehr Steuern zu bewilligen, wenn nur die Konservativen bereit gewesen wären, mit ihr statt mit dem Zentrum die Finanzreform zu machen. Die zur Schau getragene oppositionelle Wacke hat den Herren bei der Wahl nichts genützt. Auf die Erkenntnis der nationalliberalen Unzuverlässigkeit ist zweifellos die geringe Wahlbeteiligung der nationalliberalen und bauernbündlerisch gestimmten Wählerkreise zurückzuführen. Wer sich noch nicht zu der Auffassung aufgeschwungen hat, daß die Sozialdemokratie die alleinige Vertreterin des Fort-

Schritts auf allen Gebieten ist, oder wer aus seiner Haut sonst nicht herauskann, ist eben verärgert zu Hause geblieben. Wichtig ist auch, daß die Bauernbündler so jämmerlich schlecht abge schnitten haben. Sie hatten geglaubt, mit den Nationalliberalen in die Stichwahl zu kommen und ihren Kandidaten mit Hilfe des Zentrums in den Reichstag zu bringen.

Die wichtigste Erscheinung bei dieser Wahl ist aber der Rückgang der Zentrumsstimmen. Das Zentrum besitzt wie fast überall auch im zweiten pfälzischen Wahlkreis eine gute Organisation, die auch während des Wahlkampfes und am Wahltag selbst vorzüglich funktioniert hat. Und trotzdem ist ein ziemlich gleichmäßig über den ganzen Kreis sich erstreckender Stimmrückgang eingetreten. Auch die kirchlich gestimmten katholischen Arbeiter fangen an zu begeifern, welsch fechtelhaftes Spiel das Zentrum mit ihren Interessen getrieben hat. Überall in katholischen Orten, wo wir einen Stimmengewinn zu verzeichnen haben — und das ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überall der Fall — hat das Zentrum entsprechend an Stimmen verloren. Bei der Stichwahl dürften noch zahlreiche Zentrumswähler dem Beispiel vieler ihrer Gesinnungsgenossen folgen und sozialdemokratisch wählen. Bei energischer Tätigkeit, an welcher es unsere Genossen bis zur Stichwahl sicherlich nicht werden fehlen lassen, kann der Kreis erobert werden.

Die Mannheimer „Vollstimme“ würdigt den für die Sozialdemokratie so glänzenden Wahlausfall in folgender Weise:

„Dabei ist zu bedenken, daß der zweite pfälzische Kreis zum überwiegenden Teil ländlichen Charakters ist. Wein, Getreide, Tabakbau und Forstwirtschaft sind die hauptsächlichsten Erwerbszweige, und die wenigen Städte und kleineren industriellen Zentren vermögen an diesem Typus nicht viel zu ändern. Und doch die deutliche Abgabe an die agrarischen Parteien, den Bauernbund und das Zentrum! Es läßt sich durch die lange Liste der nahezu hundert Gemeinden des Kreises von Ziffer zu Ziffer nachweisen, wie insbesondere das Zentrum seine Wähler zu Hunderten an die Sozialdemokratie verlor, eine außerst wirksame Widerlegung der so oft geäußerten Meinung, der Zentrumssturm sei unerschütterlich und die Partei der Spahn und Hertling habe ihre Stützen unerschütterlich fest am Stränge. Wenn irgend einmal, so hat sich gestern gezeigt, daß diese Auffassung eine Fabel, daß es unserer Partei sehr wohl möglich ist, auch in die scheinbar sichersten Zentrumsdomänen einzubrechen und dort erfolgreich für unsere Ideen zu wirken.“

Die Nationalliberalen, die besonders auch die Unterstützung der freisinnigen Genossen, mögen gestern mit einem blauen Auge dabongekommen sein; so viel sieht jedenfalls fest, daß Anlaß zu Jubelstürmen für sie nicht vorliegt, wenn auch die eigentlichen Leidtragenden auf der nichtliberalen Seite der Bürgerlichen nicht sie, sondern ihre Verbündeten von 1907, die Wandler, sind, deren noch nicht einmal 2500 Stimmen ein geradezu klägliches Ergebnis darstellen. Das Landvolk des zweiten Wahlkreises hat der brutal großagrarischen Politik des Bundes der Landwirte gestern eine deutliche Abgabe erteilt, die man in den Reihen derer um die „Deutsche Tageszeitung“ sehr schmerzlich empfinden wird.

So stellt sich das gestrige Volkurteil von Landau-Neustadt als ein erfreulicher Lichtblick in der Trübnis der gegenwärtigen politischen Lage dar. Eröffnet es uns doch die Hoffnung, daß das Volk die Situation durchsicht und entschlossen ist, dem standlosen Treiben des vereinigten Junker- und Pfaffenums ein Ende zu bereiten. Man hat in Berlin vor drei Wochen in der Tat gut daran getan, den Reichstag nicht heimzuschieben; denn wäre seine Gesamterneuerung nach dem Vorbild von Landau-Neustadt ausgefallen, der schwarzblaue Schnapsblock wäre aufs Haupt geschlagen aus dem Wahlkampf beigelehrt, und die Sozialdemokratie wäre aus der Dreimillionen- zur Viermillionenpartei geworden. Immerhin: man weiß nun auch so, wie draußen in den Massen des erwerbstätigen Volkes Stimmung und Wille gerichtet sind, und unsere Partei kann mit froher Siegeszuversicht und begeisterungsvollem Opfermut den neuen Kämpfen entgegengehen.“

Peitschenhiebe gegen Berliner Fürsorgekinder.

Der Prozeß Colander, der kürzlich zum zweiten Male aufgerollt wurde, hat ein erschreckendes Bild gezeichnet von der Art der Erziehung, der Fürsorgezöglinge unterworfen sind und von neuem die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Erziehungsmethoden gelenkt, die heute gegen die in Zwangs-erziehung genommenen Kinder in Anwendung gebracht werden. Bekanntlich ist den Kommunen durch Staatsgesetz die Unterbringung der in Fürsorge genommenen Kinder aufgelegt. Die Stadt Berlin kommt dieser Verpflichtung der Unterbringung dieser Kinder in der Weise nach, daß sie nur zum kleinen Teil eigene Anstalten unterhält und den größten Teil der Fürsorgezöglinge anderweitig in Privatanstalten gibt. Im Vorjahre haben die städtischen Behörden leider mit dem evangelischen Verein für Waisensorge in der Ostmark einen Vertrag geschlossen. Dieser Verein gründete auf dem Restgute Mielitzyn (Kreis Wittrow, Provinz Posen) eine Erziehungsanstalt für schulentlassene evangelische männliche Fürsorgeerziehungszöglinge, in der Pfarrer Dr. Breithaupt und Inspektor Engel amtieren. Die Stadt hat nach dem Vertrage dem Verein eine Besetzungsziffer von 100 Zöglingen gewährleistet, zu einem Pflegegeldsatz von jährlich 500 Mk. pro Kopf; sinkt die Ziffer unter 50, so erhöht sich das Pflegegeld für den einzelnen rechnermäßig, so daß die Summe von 45 000 Mk. erreicht wird. Die Waisendeputation hat ferner das Recht, der Anstalt zu einem Pflegegeldsatz von 450 Mk. noch 40 Zöglinge zu überweisen. Sollte die Waisendeputation beschließen, der Anstalt eine noch größere An-

zahl zu überweisen bis zu 200 Böglingen, so ermächtigt sich das Pflegegeld für jeden über die Zahl von 140 Böglingen hinaus Ueberweisungen auf 300 M.

Als dieser Vertrag der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet wurde, wandten sich unsere Genossen dagegen. Sie bemängelten insbesondere die Uebertragung des Zuchtungsrechtes an den Leiter der Fürsorgeanstalt in Miesgeln. Der Magistratsvertreter aber erklärte, er sei zwar auch kein Freund der Prügelstrafe, aber als ultima ratio müsse man dem Erzieher dieses Mittel lassen. Herr Stadtrat Friedberg sagte wörtlich: „Die Herren können überzeugt sein, daß ein Mißbrauch nicht stattfindet.“ Nach einer Ausschussberatung, in der aber der Prügelparagraph nicht beseitigt wurde, gelangte die Vorlage zur Annahme.

Wie sieht es nun in der Praxis aus? Die neue Anstalt ist erst seit einigen Monaten mit hiesigen Fürsorgezöglingen belegt und schon kommen Nachrichten über die ihnen zu teil werdende Behandlung, die einem das Blut in den Adern erstarren lassen. Die Prügelstrafe wird in Miesgeln mit einer geschlossenen Leberpeitsche vollstreckt. Dabei wird den zur Zuchtigung Verurteilten das Hemd aus der Hofe herausgezogen, außerdem werden die Zöglinge gefesselt, und zwar die Hände mit eisernen Fesseln auf den Rücken; die Füße werden besonders zusammengeschlossen. Die Zahl der Peitschenhiebe ist verschieden. Und werden mehrere Fälle berichtet, in welchen

100 Peitschenhiebe an einem Tage

verabfolgt worden sein sollen. Ein Fall wird uns gemeldet, in dem ein junger Mensch an einem Tage einmal 75, dann noch 50 Hiebe, also

125 Hiebe

bekommen hat. Die Zöglinge, die Prügel bekommen, müssen jeden Hieb laut nachzählen. Die Prügelprozeduren werden öffentlich vor aufschauenden Böglingen der Anstalt und des Personals vollstreckt. Die jungen Menschen, die derart gezüchtigt werden, sind alle aus der Schule entlassen, 16, 17 bis 20 Jahre alt. Der Vollstreckung der Prügelstrafe folgen andere Strafmassnahmen. Gefesselt oft an Händen und Füßen werden die in dieser Weise Gezüchtigten in eine Zelle gesperrt und ihnen nur Wasser und Brot als Nahrung verabreicht. Es soll eine besondere Strafform bestehen, in welche die hinein-kommen, die Fluchtversuche gemacht haben. Die in dieser Kolonne Beschäftigten laufen in Fußketten einher, um Fluchtversuche zu verhindern; sie erhalten als Nahrung Wasser und Brot, und zwar dreimal am Tage. Doch unter solchen Umständen Fluchtversuche häufig sind und trotz strengster Bewachung Entweichungen stattfinden, wird niemanden verwundert. Klagen werden auch über die Kost geführt. Und ist mitgeteilt worden, daß Zöglinge nach nur kurzem Aufenthalt in dieser Erziehungsanstalt ganz ungläubliche Gewichtszunahmen zu verzeichnen haben.

Diese Behandlung von Fürsorgezöglingen fordert zu schleunigstem Einschreiten auf. Durch diese Art von „Fürsorge“ werden nicht die körperlichen, geistigen und moralischen Fähigkeiten der Zöglinge gewahrt, gefördert und zur Reife gebracht, sondern der letzte Rest von Menschenwürde wird in ihnen erstickt. Von der Stadt Berlin muß erwartet werden, daß sie schleunigst die nach Miesgeln verschickten hilflosen Menschen zurückholt und die Rechte ihrer Fürsorgezöglinge auf das energischste wahrer. Es gibt nichts Heiligeres als das Recht des Kindes. Sind dem Minister die Zustände in Miesgeln ebenso verborgen geblieben, wie es die Zustände in der Blohmischen Waisenhaus waren? Das preussische Fürsorge-system ist an Haupt und Gliedern dringend reformbedürftig.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli 1903.

Zalonssteuer und Prozentpatriotismus.

Während ein Teil der durch die neuen Steuergesetze betroffenen Industriellen und Händler nicht nur den ihnen auferlegten Steuerbetrag auf die Konsumenten abzuwälzen sucht, sondern die Gelegenheit zu unverschämten Preistreibereien ausnützt, trachtet ein anderer Teil danach, sich durch allerlei Machenschaften um die Bezahlung der demnachst in Kraft tretenden Steuern herumzudrücken. Zu den letzteren gehören vornehmlich die Herren von der Finanz, die, obgleich sie im Verhältnis zu den unermittelten Schichten bei der Steuerermehrung recht gut weggekommen sind, doch keine Neigung verspüren, zugunsten des teureren, heiliggeliebten Vaterlandes in ihre Geldbeutel zu greifen. Täglich kann man jetzt im „Reichsanzeiger“ und verschiedenen Handelsblättern die Ankündigung von Aktiengesellschaften lesen, daß sie neue Dividendenbogen herausgeben und im Hinblick auf die drohende Zalonssteuer um Bezug dieser Bogen vor dem 1. August bitten, damit diesmal noch die Steuer umgangen werden kann, und zwar handelt es sich nicht bloß um Dividenden- und Couponbogen, die in Kürze ablaufen, sondern auch um solche Zalons, die erst in drei, vier, fünf, sechs Jahren durch neue zu ersetzen sein würden. Selbst der „Köln. Ztg.“ dankt trotz ihres großkapitalistischen Charakters dieses Spiel zu bunt. Sie schreibt:

Gegen dieses Vorgehen der Gesellschaften wäre selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn die alten Bogen bereits abgelaufen wären und die Hinausgabe der an sich fälligen neuen Bogen zur Ersparrung der neuen Steuer noch vor Zoretschluß bewirkt wird. Es ist niemandem verwehrt, die vom Gesetze gebotenen Vorteile wahrzunehmen, und die neuen Vorschriften bestimmen, daß vor deren Inkrafttreten ausgegebene Gewinnanteilscheine und Zinsbogen von der Stempelabgabe befreit sind. Dies trifft indessen nur auf die kleine Minderheit der auszubehenden Dividenden- und Zinsbogen zu, und wenn jetzt bekannt gegeben wird, daß die Ausschüsse des Bundesrates zusammenzutreten sollen, um über diese Frage zu beraten. (Vergleiche „Kölnische Zeitung“ Nr. 575, Handelsseite) so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Regierung Maßregeln plant, die die vorzeitige steuerfreie Ausgabe von Zalons unmöglich machen oder die solcher Art ausgegebenen Zalons doch zur Steuer heranziehen sollen. Das von vielen Gesellschaften befolgte Verfahren vollzieht sich so, daß ein Teil derselben jetzt schnell noch neue Bogen ausgibt unter Einziehung der noch nicht fälligen Dividenden- oder Zinscheine; andere Gesellschaften lassen die noch laufenden Bogen im Verkehr und geben neue Bogen aus, deren erster Schein sich dann an den zuletzt fälligen Schein des noch laufenden Bogens anschließt. Wenn es zuträfe, daß die Befreiungsvorschrift auch auf die in dieser Weise vor dem 1. August ausgegebenen Zalons Anwendung finden könnte, so würde in der Tat das Gesetz auf Jahre, vielleicht sogar auf Jahrzehnte, in seiner finanziellen Wirkung zu einem nicht unwesentlichen Teile lahm gelegt werden.“

Die von der „Köln. Ztg.“ angeführten Maßregeln haben dann auch nicht lange auf sich warten lassen. Die letzte Nummer der „Köln. Ztg.“ bringt bereits an ihrer Spitze eine Warnung, in der es heißt:

Nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes kann darüber kein Zweifel bestehen, daß der Gesetzgeber nur die Unternehmungen von der Steuer freilassen wollte, deren Bogen in natürlichen Verlaufe der Dinge vor dem 1. August durch neue ersetzt werden mußten. Wenn jetzt die kurze Zeit bis zum Inkrafttreten des Gesetzes dazu benutzt wird, die bisher üblichen Formen der

Ausgabe in künstlicher Weise von Grund auf umzugestalten, so ist klar, daß die mit der Ausführung des Gesetzes betrauten Organe sich nicht mit dem durch eine solche vorzeitige Massenausgabe geschaffenen ungleichmäßigen, unbilligen und die Reichskasse schädigenden Zustand abfinden können.

Es ist als sicher vorauszusetzen, daß bei der Handhabung des Gesetzes durch die Behörden die nicht zweifelhafte Absicht des Gesetzes zugrunde gelegt werden wird. Sollten sich der Ausführung Schwierigkeiten entgegenstellen, so wird im Herbst ohne Verzug eine authentische Erläuterung durch die gesetzgebenden Faktoren herbeigeführt werden müssen. Diese könnte, da die Steuer den Dividendenchein und Zinsbogen kein Körperlich erfährt, voraussichtlich nur dahin gehen, daß die vorzeitig ausgegebenen Bogen als bald vom Zeitpunkt der Ausgabe an für die gesamte Zeit, für die sie Scheine enthalten, zu veräußern wären. Auch sonst würden durch die Notwendigkeit, die Bogen nachträglich zur Abstempelung einzureichen, den Beteiligten große Unzutraglichkeiten erwachsen.

Es kann hiernach nur dringend geraten werden, von einem Vorgehen Abstand zu nehmen, welches zwar auch den Steuerbehörden Weiterungen, im Endergebnisse aber zweifellos den Interessenten die schwersten Nachteile bereiten würde.“

Für den Prozentpatriotismus der Herren vom mobilen Kapital, die sonst bei jeder passenden und nichtpassenden Gelegenheit in Begeisterung für die weltpolitischen Aufgaben Deutschlands und die Verhärterung seiner Flottenmacht überhäumen, sind diese Störmaßnahmen höchst charakteristisch. Allerdings hat ihnen zu diesem Versuch die Unfähigkeit des liberal-konserverlichen Schnapsbros erst die Möglichkeit geliefert. Sehr leicht wäre es gewesen, in das Gesetz einen Passus einzufügen, daß eine Befreiung von der Steuer nur bei jenen vor dem 1. August umgelaufenen Zins- und Dividendenbogen eintritt, die nicht vor Ablauf ihrer Gültigkeit zum Zweck der Steuerhinterziehung ausgegeben wurden. Doch auf diesen einfachen Gedanken ist in der Hast ihrer Steuergesetzfabrikation keiner der genialen liberalen und konserverativen Gesetzgeber gekommen. So weit reicht ihre Ueberlegung nicht.

Die Ausführung der neuen Steuergesetze.

Wie die neuen Steuergesetze ausgeführt werden sollen, besonders in welcher Weise die Nachversteuerung und Nachverfolgung vorgenommen werden soll, ist noch immer nicht geklärt. Erst am Sonnabend werden die vereinigten Ausschüsse des Bundesrats für Zoll- und Steuerwesen, für Handel, Verkehr und Rechnungswesen unter dem Vorsitz des neuen Staatssekretärs des Reichsschatzamt mit der Beratung der Ausführungsbestimmungen zu den neuen Steuergesetzen beginnen. Zunächst werden die Brantsteuer, die Schaumweinsteuer, die Kaffee- und Teezölle und die Tabaksteuer beraten. Die Sitzungen werden sich voraussichtlich über mehrere Tage hinziehen. Nach ihrem Abschluß soll sofort die Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen erfolgen.

Das Ausnahmerecht gegen die Sozialdemokratie.

Die „Frank. Tagespost“ bemerkt zum Fall Wittsch: „Der v. Brettreich hat sich scharflich ungeheuer viel Mühe gegeben, einen Weg zu finden, auf dem er nirgends und auf keiner Seite anstößt. Deshalb das salomonische Urteil, das auch bei eingehender Würdigung leblich als feiges Kompromiß erscheint. Aber gerade in einer solchen Frage mußte die Regierung jeden faulen Handel vermeiden. Die Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung verdrängt keine zweideutigen Antworten. Das prinzipielle Zugeständnis darf nicht im Verwaltungswege des Einzelfalles umgeworfen werden. So kann diese talmudisch-jesuitische „Entscheidung“ für die Sozialdemokratie nur ein verstärkter Anlaß sein, eine wirkliche Entscheidung herbeizuführen.“

Die Absicht, eine wirkliche Entscheidung herbeizuführen, findet hoffentlich auch ihre Realisierung, damit jeder Argwohn beseitigt wird, wie er in folgender Bemerkung des „Hamb. Echo“ vernehmlich durchklingt:

Natürlich werden bei jedem künftig noch etwa zum Bürgermeister gewählten Sozialdemokraten persönliche Gründe vorliegen, weswegen die Regierung blutenden Herzens die Bestätigung verweigern muß. Aber das Prinzip ist gerettet und nach wie vor können sich brave Leute, aber schlechte Misslingen für ihr ungeheures Vertrauen zu der bayerischen Regierung darauf berufen, daß in diesem Staat ein „freierer“ Geist lebe.

Weiläufig: Ueber den Ausgang der „Affäre Hoffmann“, des wegen seines Bekenntnisses zur Sozialdemokratie gemohrgelagerten Lehrers, erfährt man immer noch nichts. Es scheint, daß diese Leistung des „freien“ bayerischen Staates geflissentlich nicht mehr erwähnt wird.“

Der ultramontane „Bayerische Courier“ unterstellt unseren bayerischen Genossen, daß sie, wenn sie auch einige Unterstützung martieren würden, herzlich froh wären, „wenigstens dem Grundsatz nach als gleichberechtigt mit Nicht-revolutionären bei Bewerbung um öffentliche Ämter angesehen zu werden“. Hätten sie damit doch „ihre nord-deutschen Genossen und Vordränger wenigstens auf einen Vorsprung hinzuweisen, den deren Radikalismus nicht zu erzielen vermochte“.

Wie wenig selbst nach bürgerlicher Ansicht unsere bayerischen Genossen Ursache hätten, sich des „Vorsprungs“ der „prinzipiellen“ Gleichberechtigung zu rühmen, geht aus folgender Äußerung der liberalen „Münchener Neuesten Nachr.“ hervor:

„Der Staat hat nur die Aufgabe, tatlos zu überwachen, daß das nicht zu Schaden kommt, was er im öffentlichen Interesse von jedem Bürgermeister und jeder Gemeinde fordert. Sequemer ist allerdings in solchem Falle prinzipielle Nichtbestätigung, aber es geht auch so!“

Wenn also die „entarteten Abkömmlinge des Liberalismus“, um mit unserem Münchener Bruderorgan zu sprechen, die gern dem „preussischen Junkertum willige Hausknechtsdienste“ leisten möchten, erklären, daß es auch so gehe, wie es die bayerische Regierung gemacht habe, läßt sich allerdings mit der „prinzipiellen“ Anerkennung der Gleichberechtigung der Sozialdemokratie nicht viel Staat machen!

Die preussischen Junker als Reichsbüttel.

Es ist begreiflich, daß unseren preussischen Junkern der Entschaid der bayerischen Regierung im Falle Wittsch noch nicht reaktionär genug ist. Die Begründung der Nichtbestätigung des sozialdemokratischen Bürgermeisters ist ihnen nicht brutal genug. So spricht der Münchener Korrespondent der „Deutschen Tagesztg.“ sein „lebhaftes Bedauern“ darüber aus, daß die bayerische Regierung nicht ganz unumwunden die Zugehörigkeit eines Kandidaten zur Sozialdemokratie für unvereinbar mit den Aufgaben eines Bürgermeisters erklärt habe. Die Redaktion des Junkerorgans fügt dann noch aus Eigenem hinzu:

„Die Entscheidung der bayerischen Regierung ist tatsächlich geeignet, Aufsehen zu erregen. Wie wir seinerzeit mitteilten, hieß es, daß die deutschen Bundesregierungen sich dahin geeinigt hätten, Sozialdemokraten auch als mittelbare Staatsbeamte grundsätzlich nicht zu bestätigen. Wir haben zwar sofort eine formelle Umwandlung dieser Art in

Zweifel gezogen; aber man mußte doch annehmen, daß tatsächlich eine Uebereinstimmung in dieser Frage vorlag. Nach der obigen Meldung ist auch das leider ein Factum. Und wir können nur unseren Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die bayerische Regierung in dieser Frage eine Praxis befolgt, die nur Verwirrung in einer grundlegenden staatspolitischen Frage anrichten kann!“

Leider begegnen diese Büttelgeflüste unserer Ostelbier auch in den süddeutschen Bundesstaaten statt der gebührenden entrüsteten Zurückweisung der Bestimmungsvorwandtschaft schöner reaktionärer Seelen!

Nach sächsischem Muster!

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt:

Von einer Seite, die mit preussischen Regierungskreisen politische Beziehungen unterhält, wird unserem Dresdener Korrespondenten mitgeteilt, daß die preussische Wahlreform davon abhängig gemacht werden soll (1), wie sich das neue sächsische Wahlrecht bewährt. Dieses bleibt bekanntlich weit hinter den Erwartungen des sächsischen Volkes zurück. Aber immerhin wird es trotz seines ausgesprochenen Klassencharakters den Arbeitern eine Anzahl Sitze in der zweiten Kammer sichern. Auch schon während der Wahlrechtskämpfe im letzten sächsischen Landtage wurde die Ansicht geäußert, daß Sachsen gemäßigteren als Versuchsland für Preußen gelten sollte. Im Plenum ist diese Ansicht damals nicht weiter herbeigetreten; doch verdient erwähnt zu werden, daß die preussische Regierung amtlich um Material über die Zusammenfassung der Wahlen und ihre Stimmabgaben in einzelnen Wahlkreisen eingekommen ist. — Die sächsischen Landtagswahlen nach dem neuen Gesetz werden übrigens nicht, wie es früher hieß, etwa im Mitte des Oktober, sondern erst gegen Ende Oktober stattfinden.“

Diese Meldung bestätigt nur, was längst vermutet und auch bereits ausgesprochen wurde. Kein Zweifel, daß auch die preussische Reaktion Preußen mit einem elenden Pluralwahlrecht nach sächsischem Muster beglücken möchte, wenn sich die Einführung des Wahlreformversprechens nicht mehr länger hinschleppen läßt.

Demgegenüber kann nur immer wiederholt werden: Die Wahlentzichten in Preußen dürfen kein Mittel unbenutzt lassen, um diese Verhöhnung der proletarischen Wahlrechtsforderungen zu vereiteln!

Sozialreform und Bundesrat.

Im württembergischen Landtage wurden zwei Anträge der Sozialdemokratie und des Zentrums, welche die Regierung beauftragten im Bundesrat für Anstellung von Handelsinspektoren, die zunächst aus dem Kaufmannsstande zu berufen sind, einzutreten, der Regierung zur Erwirkung überweisen.

Im Laufe der Debatte machte der Minister des Innern v. Bischoff einige sehr bemerkenswerte Mitteilungen über die Behandlung sozialpolitischer Fragen im Bundesrat. Die württembergische Regierung sei schon früher für besondere Beamte für die Handelsinspektion, die an die Gewerbeinspektion anzuschließen wären, eingetreten; ihre Anregungen seien aber im Bundesrat bisher stets abgelehnt worden. Nachdem der Bundesrat in den Jahren 1904, 1905, 1906 und 1908 sich gegen die Handelsinspektoren entschieden habe, sei es der württembergischen Regierung in absehbarer Zeit nicht möglich, auf die Sache zurückzukommen. Sie wolle sich mit ihren Ansichten im Bundesrat zwar nicht verstecken, sie sei aber an die Mehrheitsbeschlüsse des Bundesrats, wenigstens für einige Zeit hinaus, gebunden. Es entspreche weder der allgemeinen Nachsicht der württembergischen Regierung, noch dem Gewicht ihrer Stimmen im Bundesrat, immer die Rolle des Hechtes im Karpfenteich zu spielen.

Diese Ausführungen des württembergischen Ministers des Innern haben Bedeutung über die Grenze des einzelnen Bundesstaates hinaus. Die Befürworter der schon von jeher von sozialdemokratischer Seite vertretene Auffassung, daß sich die Sozialreform im Deutschen Reich im Zustande der Stagnation befindet. Nach den letzten Reichstagswahlen soll bekanntlich das Wort geprägt worden sein: „Nun erst recht Sozialreform!“ Was es damit aber auf sich hat, kann man daraus ersehen, daß ein einzelstaatlicher Minister den Bundesrat in sozialpolitischen Fragen mit einem Karpfenteich vergleicht, der von Zeit zu Zeit durch einen Hecht aufgeführt werden muß. Wenn im übrigen die württembergischen Anträge im Bundesrat bereits so häufig abgelehnt worden sind, wie Herr von Bischoff mitteilt, so erfährt man daraus, daß der Widerstand gegen den Fortschritt der Sozialreform bei Preußen liegt, dessen Uebergewicht die Beschlußfassung des Bundesrats beeinflusst, und daß eine freie Bahn für den Fortschritt im Reich erst durch eine Demokratisierung Preußens geschaffen werden kann. —

Abänderung des württembergischen Brantsteuergesetzes.

Die Regierung hat dem Landtage einen Entwurf zur Abänderung des württembergischen Brantsteuergesetzes vorgelegt. Der von Württemberg an Stelle der Brantsteuer an das Reich zu zahlende Ausgleichsbetrag bezifferte sich für das Jahr 1908 auf 1 435 770 M. Er ist nunmehr durch die Reichsfinanzreform auf 6 435 626 M. erhöht worden. Dementsprechend schlägt die Regierung eine Mehrbelastung des Bieres vor. Der Ertrag der Biersteuer wird nach der jetzigen Erhöhung unter Annahme eines Verbrauchsträgungsbetrag von 10 Proz. auf rund 12 658 000 M. geschätzt, was eine Mehrerhebung von 5 127 000 M. bedeutet, von denen nach Abzug des Betrages für die Reichskasse für Württemberg noch rund 170 000 M. übrig bleiben. Die Steuererhöhung macht auf den Hektoliter Bier etwa 1,60 M. aus. —

Die Reichstagswahlwahl für Koblenz-St. Gaar,

die wegen Beförderung des jetzigen Abgeordneten Weiskein notwendig wird, ist auf den 14. September anberaumt worden. Die Landtagswahlwahl ist auf den 30. August festgesetzt, die Wahlmännerwahl auf den 23. August. Der Wahlkreis gehört zum sicheren Bestand der Zentrumspartei. Bei der letzten Wahl erhielt der Zentrumskandidat 19 000, der Kandidat unserer Partei 2000 Stimmen.

Der Hansabund.

Mit welchen feltamen Mitteln Arbeiter zu Mitgliedern des Hansabundes gepreht werden, lehrt ein Bericht des „Proletarers“, der Zeitung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, aus Stettin. Nach seinen Mitteilungen zählt die Stettiner Portland-Zementfabrik zu Jalkow Löhne von 25 Pf. pro Stunde an ihre Arbeiter. Als Ergänzung dieser niedrigen Löhne trägt die Firma aber zu den im Betriebe vorhandenen Altimdbereitern die Hälfte der Beiträge aus der Betriebskasse bei. In den letzten Tagen wurden die Vorstände der Altimdbereitern zusammengerufen und über die Köpfe der Mitglieder weg wurde der Anschluß an den Hansabund beschlossen. Von der Direktion wurde angeführt, daß niemand gezwungen werde, sich anzuschließen, jedoch habe jeder dann auch die Folgen zu tragen. Der Anschluß wurde darauf vollzogen, ohne daß die Arbeiter ihre Zustimmung dazu gegeben hätten. —

Übernehmen unter dem neuem Reichsvereinbeseh.

Am 18. Juli sollte in Arievald im Kreise Rhinik eine Bergarbeiterverammlung unter freiem Himmel stattfinden, die für die Arbeiter der sächsischen Zeche Amurov berechnet war. Der Amtsvorsteher von Sächslowitz ertheilte auch sofort die Genehmigung, am anderen Tage aber schickte er an den Einberufer folgendes Schreiben:

Nachdem die Gemeindevertretung von Kriewald einstimmig mich erachtet hat, die von Ihnen einberufene Versammlung zu verbieten, da „größere Unruhen zu befürchten sind“, und nachdem ich auch weiterhin auf Grund von zuverlässigen Informationen die Gewissheit erlangt habe, daß es bei dieser Versammlung zu ernstlichen Unruhen und Tätlichkeiten kommen wird, sehe ich mich im Interesse der öffentlichen Ordnung veranlaßt, die Genehmigung zu der für Sonntag, den 18. d. Mts. nach Kriewald einberufenen Versammlung zurückzuziehen.“

Tatsächlich hat die fiskalische Grundbesitzverwaltung auch sofort eine Sitzung der natürl. auch „fiskalischen“ Gemeindevertretung von Kriewald beantragt, um die Versammlung zu hintertreiben. Mehrere hundert Arbeiter fanden sich indes am Versammlungsorte ein und als sie hörten, was vorgefallen, begaben sie sich in ein benachbartes Wirtshaus, wo etwa 50 Mann der Belegschaft dem Verbände als neue Mitglieder beitraten.

Der Sozialismus als Erwecker der Arbeiter.

In der Lühinger „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ bespricht der Herausgeber Professor Karl Bücher „die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“, den Lebensgang eines deutsch-schweizerischen Handarbeiters“ von Bengel Jodel und die von Lebensleitern herausgegebenen Arbeiterbriefe „Aus der Tiefe“. Am Schluß der ausführlichen Besprechung kommt er zu nachstehenden Bemerkungen: Das Maß von Bildung, das sich viele von ihnen (den deutschen Arbeitern) trotz mangelhaftester Schulunterweisung und fast nie abbrechender Nahrungssorgen spät aneignen, ist gar nicht zu unterschätzen. Für alle aber bedeutet — das Lehren die drei hier angezeigten Bücher in eindringlichster Weise — der Eintritt in die Gedankenwelt des Sozialismus den gewaltigsten inneren Fortschritt. Sie werden mit einem Male aus ihrer trostlosen geistigen Isolation in ihrem dumpfen vegetativen Dasein emporgeworfen und zum Nachdenken über die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge gezwungen. Sie erkennen sich selbst als ein Glied an einer großen Kette, ihr Schicksal als die Wirkung von Ursachen, die fast das ganze menschliche Getriebe beherrschen. Mag das Licht, das ihnen so plötzlich aufgeht, viele mehr blenden als erleuchten, mag das geistige Streben, das die neue Erkenntnis auslöst, für manche mehr zur Verblüffung als zur Bildung führen, interessante Zeitbilder bleiben diese Besprechungsgeschichten immerhin und darum seien sie der allgemeinen Aufmerksamkeit empfohlen.

Ein schlafstarrer Unteroffizier. Vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt stand am Mittwoch der Sergeant Albin Walther von der 10. Kompanie des 71. Infanterieregiments in Erfurt unter der Anklage der Soldatenmishandlung. Am 6. Juni wollte der Musiker Wärtner auf der Kammer ein Paar Stiefel umtauschen; statt anderer Stiefel erhielt er aber von Walther eine kräftige Ohrfeige, der dabei noch rief: „Ist denn Euer Oberleutnant verrückt geworden, daß er meint, die Sachen kämen vom Himmel heruntergefallen!“ Am Tage danach schloß sich Walther mit dem geohrfeigten Musiker ein und suchte ihn zu beeinflussen, von einer Beschwerde abzulassen. Das Kriegsgericht erkannte gegen den schlafstarrigen Vorgesetzten auf 18 Tage Gefängnis.

Frankreich.

Ein reaktionärer Wahlsieg.

Paris, 20. Juli. (Eig. Ber.) Eine Nachwahl, die am Sonntag in Abbeville (Dep. Somme) zu Ende geführt wurde, erregt ein großes Aufsehen. Im ersten Wahlgang hatte der antirepublikanische Kandidat 5973 Stimmen erhalten, ein Linkerepublikaner 4624, ein Radikalsozialist 3947 und der Kandidat der geeinigten Sozialisten 2074. Im zweiten Wahlgang drang der Reaktionäre mit 8212 Stimmen gegen 7008 des Linkerepublikaners durch, und die radikale Presse, vor allem aber auch die gemäßigte, die die völlige Anwendung der Radikalen von der Sozialreform und die Konzentration der Mittelparteien fördern will, behauptet, dieser Stimmengewinn stamme von den Sozialisten, die sich für die den Genossen Compère-Morel und Mille gewählte Merikale Wahlhilfe bedankt hätten. Wichtig ist nun, daß die Stimmen des sozialistischen Kandidaten, der sich ohne Ausgabe einer Stichwahlparole einfach zurückgezogen hatte, ungefähr um ebensoviel abgenommen haben, als der Republikaner gewonnen hat. Trotzdem ist die Beweisführung gefälscht. Denn sie sieht von den Stimmen des Radikalsozialisten ab, der seine Kandidatur erst vier Tage vor der Stichwahl zurückgezogen hat und dessen Freunde zahlreich für den Reaktionär stimmen gingen. Die „republikanische Disziplin“ ist also auch von den bürgerlich-radikalen Wählern nicht gewahrt worden. Es soll nicht bestritten werden, daß ein Teil der sozialistischen Wähler für den Reaktionär gestimmt hat. Dies gilt namentlich für den Ort Pressenneville, der vor nicht langer Zeit der Schauplatz heftiger sozialer Kämpfe war, bei denen sich das Kapital in Gestalt radikaler Fabrikanten und die Republik als Organ der Massenherrschaft repräsentierte. Die Erinnerung daran war offenbar heftig genug, um die Arbeiterwähler zu einer Demonstration zu veranlassen, bei der ihnen der Gehalt an ein politisches Entgelt völlig fernlag. Die Behauptung von einer planmäßigen Unterstützung der Reaktionäre durch die Sozialisten ist aber eine bewusste Verleumdung. Die Parteidisziplin ist in Frankreich — leider! — überhaupt lange nicht fest genug, um bei der Stichwahl ein geschlossenes Operieren der Wähler in irgendwelcher Richtung, namentlich ohne offene Agitation durchzuführen. Eine Kooperation mit den Reaktionären widerspräche aber auch der von den Parteitagungen festgelegten taktischen Grundregel für die Stichwahlen, die das Interesse des Proletariats und der sozialen Republik maßgebend macht. Dieses Prinzip befreit die Partei von der Pflicht, die ihr manche Genossen auferlegen möchten, für die zweideutigsten Bourgeois-kandidaten zu stimmen, die den offiziellen Stempel des Republikanismus tragen, oder es schließt auch aus, daß die Sozialisten in ihrem nie verleugneten Kampf gegen den bürgerlichen Radikalismus der Merikalen Hilfe leisten. Wenn die Regierungspresse den Zustand Guesdes: „Bekämpfen Sie uns, wie wir Sie immer bekämpft haben“, mit dem unser Genosse in der Debatte über die allgemeine Politik die Radikalen apostrophiert hat, mit der — wenn man so sagen darf — Reflexbewegung der verreckenden und brutalisierten Proletarier von Pressenneville in Zusammenhang zu bringen sucht, so liegt die Entstellung auf der Hand.

Die Stichwahl vom Sonntag könnte für die Radikalen eine nützliche Lehre sein, wenn diese etwas lernen wollten und könnten. Sie zeigt, daß die Wähler die Phrase vom „republikanischen Block“ satt haben und an das Heil, das von der Parlamentarismus kommen soll, nicht mehr glauben. Nur ist die von den Reaktionären mit Geschick betriebene und auf der anderen Seite vom anarchoide Syndikalismus in revolutionärer Färbung variierte antiparlamentarische Demagogie um nichts besser. In der Stichwahl von Abbeville kann man eine Demonstration gegen den immer tiefer sinkenden Parlamentarismus sehen. Doch diesem die Ergebung der Regier.wahl

durch das Listenstrutinium, namentlich ohne den die politischen Parteien konsolidierenden Proporz, aufhellen würde, ist freilich nicht sicher, da das Uebel im sozialen Organismus sitzt und nicht bloß auf formale Mängel seiner Vorrichtungen zurückzuführen ist. Indes würden doch die allgemein politischen Interessen nicht wie jetzt von den lokalen zurückgedrängt und die Rolle der Bezirkspolitiker würde durch die weiteren Parteiverbände eingeschränkt werden.

Italien.

Wieder ein sozialistischer Wahlsieg.

Rom, 19. Juli. (Eig. Ber.) Wie wir seinerzeit berichtet haben, hatte die Wahlprüfungscommission die Wahl des Genossen Duaglino in Biella für ungültig erklärt, weshalb am 18. ds. eine Ersatzwahl stattfand. Da der sehr ausgedehnte Wahlkreis im Sommer viele Saisonauswanderer nach Mitteleuropa entsendet, hofften die Gegner durch die Verminderung der sozialistischen Wählerschaft den Sieg davonzutragen. Aber die Parteioorganisation von Biella bewegte über 400 Auswanderer zur Rückreise aus Frankreich, Deutschland und sogar aus Belgien. Die Wahl ergab dann auch für Genossen Duaglino 5514 Stimmen und für den Ministeriellen Garlanda 3132; es fehlt das Ergebnis einer Sektion, das aber nur eine belanglose Veränderung bewirken kann. Bei den Hauptwahlen erhielt Genosse Duaglino, der Maurer ist, 4870 und sein Gegner 4615 Stimmen.

England.

Rüstungen in Afghanistan.

London, 21. Juli. Wie dem Reuterschen Bureau aus Simla gemeldet wird, stellt ein afghanisches Blatt fest, daß ein äußerst roger Waffenhandel dem Emir und den Behörden von Kabul eine allgemeine Bewaffnung der Afghanen und der benachbarten Volksstämme außerordentlich erleichtert. Eine große Anzahl von Repetiergewehren ist von Kabul an die afghanischen Truppen in Herat und nach anderen Truppenlagern gesandt worden. Der Emir hat den Lohn der Arbeiter in den Waffenfabriken erhöht und ihnen seine lebhafteste Freude über die gute Beschaffenheit der von ihnen gefertigten Waffen ausgedrückt. Auch die benachbarten Stämme sind unentwegt bemüht, sich mit besseren Waffen zu versehen. Die ganze Angelegenheit ist geeignet, die indische Regierung zu beunruhigen. In der Landschaft Dir haben mit einzelnen Stämmen Kämpfe stattgefunden. Der Mullah Rowinda, der auf Malin auf Bagrat marschiert ist, ist von einigen 8000 Anhängern zum König ausgerufen worden.

Die Balkanpolitik.

London, 22. Juli. Unterhaus. Bei der heutigen Debatte über den Etat des Auswärtigen übte Dilke (liberal) Kritik an der Balkanpolitik Englands. Redner führte aus, indem England in Verbindung mit Rußland den Standpunkt vertrat, daß die Okkupation Bosniens und der Herzegovina durch Oesterreich-Ungarn vorübergehender Natur sei, habe es sich in Gegenfah gesteckt zu der allgemeinen Auffassung, daß diese Okkupation nicht eine temporäre sein solle. England habe zu sehr auf der Doktrin von der Heiligkeit des Berliner Vertrages bestanden, der doch von der Türkei ebenso sehr verletzt worden sei als von den anderen Mächten.

Henderson (Arbeiterpartei) sprach sich gegen den beabsichtigten Besuch des Kaisers von Rußland aus und erklärte, der Kaiser und die russische Regierung seien untrennbar von der Verantwortung für die beklagenswerten Zustände in den russischen Gefängnissen und für die zahlreichen Hinrichtungen. Da die früheren offiziellen Höflichkeitserzeugnisse keinen Einfluß auf die russische Politik ausgeübt hätten, solle die britische Regierung sagen, sie halte jetzt mit ihrer Gostfreundschaft zurück, bis Rußland Ordnung in seinem Innern geschaffen habe, es sei denn, daß die britische Regierung die Beschuldigungen, die gegen die russische Politik erhoben worden seien, vollständig widerlegen könne. Die Arbeiterpartei werde darauf bestehen, daß über ihren Protest abgestimmt werde.

In Vertiefung der englischen Politik auf dem Balkan sagte Sir Edward Grey: Als im nahen Osten die Schwierigkeiten aufstiegen, haben wir uns durch nichts anderes als durch die Abmachungen des Berliner Vertrages verpflichtet gehalten. Nach Abschluß dieses Vertrages waren alle früheren Abkommen hinfällig. Wir sind Rußland nicht in allen Stücken gefolgt und haben unsere eigenen Ansichten gewahrt. Was unser Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Regierung betraf, so hatten wir dieser gegenüber keinerlei moralische Verpflichtungen, auch ist von dieser während des ganzen Verlaufes der Verhandlungen eine solche Behauptung nicht erhoben worden. Seit der Rede von Dilke beschäftigten sich meine Gedanken mit den Versicherungen, die im Jahre 1880 Gladstone gegeben worden und in einem von ihm veröffentlichten Briefe an den österreichisch-ungarischen Votschafter enthalten sind; es heißt dort: Eure Erzählung ist so lebenswürdig, mir zu versichern, daß ihre Regierung nicht den Wunsch hegt, die im Berliner Vertrage erworbenen Rechte in irgendeiner Weise auszuüben, oder ihnen irgendwas hinzuzufügen und daß irgendwelche Erweiterungen für Oesterreich-Ungarn durchaus nachteilig sein würden.

Marokko.

Ein erbitterter Kampf.

Melilla, 22. Juli. General Marina ist mit seinem Stabe vom Gefechtsfelde hierher zurückgekehrt. Der General erklärte, der 20. Juli und die Nacht zum 21. seien die härtesten gewesen seit Beginn der Operationen. Er glaube, der gegenwärtige Konflikt werde länger dauern, als man angenommen habe. Eine Infanterieschlange, die das Gebirge auf Sidi-Moussa durchstreichte, habe vom Feinde nichts gesehen.

Die spanischen Verluste.

Madrid, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Correspondencia de Espana“ betrug auf spanischer Seite die Verluste während des Kampfes am Abend des 20. Juli 20 Tote, in der Nacht zum 21. Juli 30 Tote und 56 Verwundete.

Gegen den Krieg.

Madrid, 22. Juli. Als in der verflochtenen Nacht ein Zug mit Truppen nach Malaga abgehen sollte, versuchten die Angehörigen der Soldaten die Abfahrt zu verhindern. Es kam zu Zusammenstößen, wobei etwa 10 Personen verletzt wurden. 18 Personen wurden verhaftet. Es sind energische Maßnahmen für die Beförderung weiterer Truppen getroffen worden.

Was Menterel.

Barcelona, 22. Juli. Bei Truppen, die gestern nach Melilla abgehen sollten, ist es zu menterischen Auftritten gekommen. Ein Bataillon bedrohte einen Oberst und verschiedene andere Offiziere mit dem Bajonett, und erst dem Eingreifen in der Nähe befindlicher Unteroffiziere gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Den Mannschaften wurden familiäre Patronen abgenommen.

Persien.

Zurückziehung der türkischen Truppen.

Konstantinopel, 22. Juli. Nach einer Meldung der „Jeni Gazeta“ hat die Pforte an die Wajsets Van und Bagdad Befehl ergehen lassen, alle türkischen Truppen aus Persien mit Ausnahme der Abteilungen zum Schutze der Konsulate in Urmia Salmas und Chot zurückzuziehen und keine Truppen mehr dorthin zu entsenden.

Amerika.

Die Kommunalwahlen in New York und die sozialdemokratische Partei.

New York, 6. Juli 1900. (Eigener Bericht.)

Von sämtlichen Parteien war die sozialistische die erste, die auf ihrem Kongress am 4. Juli zu den Kommunalwahlen in New York, die Anfangs November stattfinden, Stellung genommen hat. Die von dem Kongress angenommene Plattform (Programm) enthält neben einer scharfen Betonung der sozialistischen Grundzüge eine Reihe Forderungen, die sich auf die Selbstverwaltung der Kommune, Munizipalbetrieb, Arbeitslosenfürsorge, Versammlungsfreiheit und Redefreiheit, Wohnungsfürsorge, Schulwesen usw. beziehen. Noch selten waren die Ausichten für die Partei derart günstige wie gerade jetzt. Die demokratische Stadtverwaltung war ebenso korrupt, wenn nicht noch korrupter, als es die vorher am Aude gefundene republikanische oder, wie sie sich nannte, Reform-Stadtverwaltung gewesen war. Jedes einzelne unter die Lupe gewommene städtische Departement hat sich als oberflächlich erwiesen. Die Diebereien, die seitens städtischer Beamten während der letzten Jahre verübt worden sind, belaufen sich auf viele Millionen Dollars. Besonders schlimm wurde die Polizei kompromittiert, die ein Erpressungssystem eingeführt hat, wie es selbst in Frankreich nicht ausgeprägter sein kann. Tammany Hall, die demokratische Parteimaschine, die gegenwärtig unumschränkt über New York herrscht, sieht die Schwäche ihrer Position. Und das Bestreben der demokratischen Partei läuft deshalb einzig und allein in die Auffstellung eines Kandidaten hinaus, der, nach amerikanischen Begriffen wenigstens, halbwegs ehrlich erscheint, es aber beileide nicht sein soll.

Soziales.

Lehrlingszuchterei.

Bilder aus dem Lehrlingselend entrollten zwei Prozesse, die gestern vor der 5. Kammer des Oberverwaltungsgerichts geführt wurden. Verklagt war der Inhaber einer mechanischen Werkstatt G., wohnt in der Reubenburger Straße 12.

Zwei Lehrlinge verlangten, daß der Beklagte in die Aufhebung des Lehrverhältnisses zu willigen verurteilt wird. Sie begründeten es damit, daß die beiden Söhne des Beklagten, Otto und Paul, die zeitweilig im Betriebe mitarbeiteten, das dem Beklagten zugehörige Jüchtigungsrecht überschreiten, sie in unangenehmer Weise beschimpfen und gräßlich beleidigen. Die umfangreiche Beweisaufnahme ergab, daß Schimpfwoorte wie Kamel, Affe, Däse, Hammel, Esel, Schafkäse, Duffel, saule Sau und saule Kacke im Betriebe des Beklagten gang und gäbe sind. Nicht selten wurden ohne recht ersichtlichen Grund die Lehrlinge geohrfeigt. Wie die technische Ausbildung der Lehrlinge zu bewerten ist, zeigt der Umstand, daß bei 7 Lehrlingen nur 1 bis 2 Gehilfen beschäftigt werden. Das Gericht empfahl dem Beklagten, nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme freiwillig in die Aufhebung der beiden Lehrverhältnisse zu willigen. Den Rat befolgte der Beklagte. Offenlich werden nunmehr die Lehrlinge den famosen Lehrherren auf Schadenersatz verklagen.

Ausbildung oder Ausbeutung?

Auf eine recht sonderbare Weise sucht der Inhaber einer Chauffeurschule namens Redtwapno zu billigen Arbeitskräften zu gelangen. Der Motorschloffer M. prozeßierte gestern gegen ihn vor dem Oberverwaltungsgericht. Der Kläger war vom 8. bis 19. Mai beim Beklagten mit der Reparatur von Kraftfahrzeugen beschäftigt. Für seine Arbeit sollte er dadurch entschädigt werden, indem er das Fahren erlernen sollte. Der Beklagte hatte ihm auch die Prüfung als Fahrer sowie die Beschaffung eines Fahrscheines versprochen. Die Gebühr für den letzteren betrug 21,50 M., die der Beklagte zahlen wollte. Wie ein Zeuge, der auf dieselbe Weise genasführt worden ist, bekundete, sind diese Verpflichtungen nicht erfüllt worden. Der Kläger ist nur ein einziges Mal gefahren, während die anderen Schüler, die Lehrgeld zahlten, dafür aber nicht zu montieren brauchten, dem Beklagten eingehend instruiert wurden. Der Kläger klagte deshalb auf Zahlung einer Entschädigungssumme in Höhe der Fahrscheingebühr. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Dr. Wölbling verurteilte den Beklagten, die 21,50 M. zu zahlen. In den Gründen sagt das Gericht: Der Beklagte hat den Kläger als Fahrer ausbilden wollen. Bei dem Willen ist es aber geblieben. Der Beklagte kann nicht verlangen, daß der Kläger erst vierzehn Tage lang in der Reparaturwerkstatt arbeitet und daß dann erst der Fursus beginne. Da die Ausbildung als Entschädigung für die Arbeitsleistung erfolgen sollte, hätte der Kläger etwa einen halben Tag in der Werkstatt und die andere Hälfte des Tages mit dem Erlernen des Fahrens beschäftigt sein müssen. Dies ist aber nicht geschehen. Da der Kläger für seine Arbeit eine Entschädigung erhalten mußte, hat das Gericht der Klageforderung, zumal der Kläger nur die Summe von 21,50 M. verlangt, stattgegeben.

Die Krankenkassenärzte an den Bundesrat.

Die im Leipziger Verbands organisierten Krankenkassenärzte bereiten eine ausführliche Denkschrift an den Bundesrat vor, in der sie ihre Wünsche zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung äußern. Sie wenden sich hauptsächlich gegen die in der Regierungsvorlage vorgesehene Zusammenfassung der Schiedsämter und Schiedskammern und gegen die Bestimmung, daß über Kräfte, die sich dem Spruche einer Schiedskammer nicht fügen, Geldstrafen verhängt werden dürfen. Ferner wünschen die Kräfte, daß bei neuen Krankenkassen die Zulassung aller Kräfte des betreffenden Bezirks unter vorher vereinbarten Bedingungen gesetzlich festgelegt werden soll. Die Eingabe des Leipziger Verbandes geht ganz, wie das Vorgehen dieses Verbandes im allgemeinen, von der Voraussetzung aus, die Krankenversicherung sei keine Versicherung der Arbeiter gegen Krankheitsgefahr, sondern eine Versicherung, die den approbierten Ärzten bessere Einnahmen sichern soll. Trägt der Reichsversicherungsordnungsentwurf bereits weit über Gebühr den dahin gerichteten Bestrebungen der Kräfte Rechnung, so ist leider bei der im Reichsamt des Innern herrschenden, von dem Drängen der Kräfte beeinflussten Stimmung eine Nachgiebigkeit zu erwarten. Im Reichsamt wird die Frage erörtert, ob es sich empfiehlt, im Falle der Arbeitsweigerung der Kräfte zu dem Zustand der alten Hilfskassen zurückzukehren, die statt freier ärztlicher Behandlung Bewilligung erhöhten Krankengeldes zuließen. Da ein Kurierzwang der Kräfte auch Privatkräften gegenüber nicht besteht und da der Zwang der Krankenversicherung doch Wiederherstellung der Gesundheit sein soll, so wäre mit diesem Wege dem Arbeiter nicht gedient. Es bleibt im Allgemeinen nur die Einführung des Kurierzwanges übrig, wenn man nicht zur Verstaatlichung des Kräftewesens übergehen will.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gelbe und Scharfmacher, Bundes-Genossenschaft.

Wie versucht wird, aus allem Kapital zu schlagen, zeigt folgender Brief:

Herrn Generalsekretär Rasse

Dresdener Str. 111.

Da unser Arbeitsnachweis unerwartet viel Geld verschlingt und ich alles auslegen muß, weil unsere Arbeitgeber die Kosten nicht trägt, so bin ich gar nicht imstande, Ihnen Ihr Honorar zurzeit auszuführen. Wäre es nicht möglich, daß die Vereinigung, nur um eine Subvention zu geben, auf 1000 Exemplare des „Bund“ abonniert.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Rudolf Lebius.

Dieser Brief ist in verschiedener Beziehung hochinteressant. Einmal ist daraus zu ersehen, an wie verschiedenen Stellen des Unternehmerlagers die Mitarbeiter des „Arbeiterblattes“ „Der Bund“ sitzen. Neben dem Angestellten der Hamburg-Amerika-Linie, Oberleutnant Hahn, nun auch der Generalsekretär Rasse und außerdem noch andere Sekretäre der Unternehmer, die, weil sie Mitarbeiter des „Bund“ sind, allein schon einen genügenden Beweis dafür bringen, daß es Heuchelei ist, wenn der „Bund“ schreibt, er sei bestrebt, Arbeiterinteressen zu fördern.

Dann aber zeigt der Brief auch, daß Herr Lebius es versteht, seine Mitarbeiter, die Rasse und Genossen, scharf zu machen, um bei den Unternehmerorganisationen Mittellose zu beschaffen. Es geht ja deutlich aus dem Brief hervor und ist für Herrn Rasse gar nicht mißzudeuten, daß Lebius ihm kein Honorar zahlt, vielmehr auch nicht mehr als Mitarbeiter nimmt, wenn er, Rasse, bei den Unternehmern kein Geld für den „Bund“ lose macht.

Ob Herr Rasse bei eventuellen Bemühungen um Subvention für die „Selben“ den Herren Hegerwald usw. wohl gesagt hat, daß — wenn die „Selben“ nicht subventioniert werden — er, Rasse, kein Honorar von Lebius bekommt?

Wir erlauben es uns, das zu bezweifeln, wie wir überhaupt glauben, daß die Metallindustriellen keine Ahnung haben von den eigenartigen geschäftlichen Beziehungen zwischen den Herren Lebius und Rasse.

Doch mag dem sein, wie ihm wolle. Dieser Brief spricht, wie die früher von uns veröffentlichten auch, eine so deutliche Sprache, daß kein Arbeiter im Zweifel sein kann über die arbeitserfindlichen Absichten der „Selben“.

Achtung, Fliesenleger!

Die Zentralgeschäftsstelle aller Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins befindet sich Berlin W. 30, Köpckeplatz 28, Tel. VI. 1398. Folger meldet sich, Meldestelle für Arbeitslose. G. Waldheim.

Deutsches Reich.

Die Kieler Stadtverordneten

wollen keine Revision. Donnerstagnachmittag fand die auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten einberufene außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, die sich mit dem Antrage der Sozialdemokraten, eine Kommission zur Kontrolle der städtischen Betriebe zu wählen, beschäftigte. Unsere Genossen begründeten den Antrag ausführlich, doch vermochten sie nicht, die bürgerliche Mehrheit auch nur zu einer Gegenäußerung zu bringen. Nur der Stadtverordnetenvorsteherstellvertreter Doering nahm das Wort und schloß gegen den Antrag staatsrechtliche Bedenken vor. Außerdem könne er einem Antrage, der ausgesprochenen Mißtrauen gegen den Magistrat enthalte und der aus der Streikstimmung heraus entstanden sei, nicht zustimmen. Die geschlossene bürgerliche Mehrheit lehnte darauf den Antrag ab.

Dann stellten unsere Genossen den Antrag, die Stadtverordnetenversammlung möge den Magistrat ersuchen, sofort festzustellen, wie hoch sich die durch den Streik und die Aussperrung verursachten außerordentlichen Kosten einschließlich des aus derselben Ursache der Stadt zugefügten Schadens bis jetzt belaufen. Da der Antrag erst in der Sitzung eingebracht war, war zur Beratung die Beschließung der Dringlichkeit notwendig. Auch den Dringlichkeitsantrag lehnte die bürgerliche Mehrheit geschlossen ab.

Die Aussperrung der Bauarbeiter im ober-schlesischen Industriegebiet

ist beendet. Montag haben die Maurer und Zimmerer in Versammlung dem Verhandlungsergebnis ihre Zustimmung; die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes hat gleichfalls zugestimmt. Dienstag konnte sodann die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen. Die Arbeit wurde bereits am Dienstag morgen auf allen Arbeitsstellen wieder aufgenommen.

Der nach dem Gebahren der Arbeitgeber urteilen wollte, konnte glauben, es werde ein gewaltig zäher Kampf in Aussicht. Wenn jedoch am Sonnabend die Einigung nicht zustande gekommen wäre, so wäre der Arbeitgeberverband am Montag aus den Fugen gegangen. Das war das Ende der mit großem Lärm angelegten Aussperrung.

Der Beschluß dieser Bewegung ist für die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter ein bedeutender moralischer Sieg und bedeutet einen nicht zu unterschätzenden materiellen Erfolg. Das sogenannte Vertragsmuster diene auch hier als Grundlage der Verhandlung. Als positive Erfolge kommen für die Arbeiter folgende in Betracht:

1. Das Geltungsgebiet ist zweckmäßig abgerundet und umfaßt jetzt das einheitliche Wirtschaftsgebiet. Die Kreise Plesch, Rhönitz, Tarnowitz und der Landkreis Gleiwitz sind auf Drängen der Arbeiter dieses Mal aus dem Vertragsgebiet ausgeschlossen worden.
2. Der Stundenlohn ist von 40 auf 43 Pf. pro Stunde erhöht worden.
3. Die Junggesellen erhielten bisher im 18. Lebensjahre einen um 3 Pf. und dann bis zum 20. Lebensjahre einen um einen Pfennig geringeren Lohn. Jetzt ist die letzte Grenze auf 19 Jahre herabgesetzt.
4. Nachtarbeit wird mit 15 Pf. und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Bisher betrug der Zuschlag nur 10 Pf. pro Stunde.
5. Die Zimmerer erhalten bei Karbolinsäure- und Turmarbeiten eine Zulage von 5 Pf.
6. Eine erhebliche Verbesserung wird bei der Abschlagszahlung und bei der Aufhebung des Arbeitsverhältnisses eingeführt. Der Vertrag erreicht am 31. März 1910 sein Ende.

Seider war es nicht möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauhilfsarbeiter tariflich zu regeln. Die Arbeitgeber sträubten sich dagegen und führten als Grund die gegenwärtige Unsicherheit in der Uebergangsperiode zur geordneten männlichen Hilfsarbeit an. Zurzeit sind nur wenige männliche erwachsene Hilfsarbeiter beschäftigt. Die Hilfsarbeit wird überwiegend von Frauen und jugendlichen Arbeiterinnen ausgeführt. Erst vom Jahre 1912 ab dürfen bekanntlich nur männliche Arbeiter beschäftigt werden. In Wirklichkeit konnten die Arbeitgeber den Bauhilfsarbeitern die gewünschte Regelung der Arbeitsverhältnisse nur deshalb verweigern, weil sie keine einflussreiche Organisation besitzen. Die anderen Organisationen konnten aber eine protokolllarische Erklärung durch-

setzen, die bestimmt, daß bei der im Herbst beginnenden neuen Verhandlung auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauhilfsarbeiter mit festgesetzt werden.

Die Vertreter der katholischen Fachabteilung wollten ebenfalls an der Verhandlung teilnehmen. Die Arbeitgebervertreter erhoben aber dagegen Einspruch, und die Arbeitgeber fanden für ihre Bundesgenossen von gestern kein Wort der Verteidigung oder des Schutzes, und so mußten die Herren abziehen.

Wozu Innungsgelder da sind.

Die Breslauer Zwangsinnung der edlen Ritter vom Leigtrog hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 200 M. für den gelben Bund der meistertreuen Badergesellen zu bewilligen. Und zwar deshalb, weil der Herr Präsident dieses Bundes schöner Seelen — unter den Gesellen gemeinhin als „gelbe Gustav“ bekannt — eigens zum letzten Bezirkstage schlesischer Badermeister gekommen war und dort versprochen hatte, wenn seinem Bunde Unterstützung gewährt werde, dann wolle er in höchst eigener Person in Breslau eine gelbe Bundesfiliale gründen, und das sei dringend nötig, weil die Noten beabsichtigten, im nächsten Frühjahr in den Streik zu treten. Die Herren Jünger berieten den Unterstützungsantrag mit solcher Heftigkeit, daß selbst die behebenden Kellner von dem würdigen Obermeister in eigener Person buchstäblich aus dem Beratungsraum herausgedrängt wurden. Man wußte wohl auch warum. Der Beschluß verstoß gegen die Gewerbeordnung und muß von der Aufsichtsbehörde verworfen werden.

Die Tischler haben in Essen den Unternehmern Forderungen unterbreitet. Man verlangt Verkürzung der Arbeitszeit von 56 auf 54 Stunden wöchentlich mit Lohnausgleich und eine Erhöhung der Stundenlöhne um 4 Pf. sowie Anerkennung des für Dortmund, Hagen usw. geltenden Vertrages.

Zugung von Tischlern und Maschinenarbeitern nach Essen ist streng fernzuhalten.

Die Steinfeger in Dresden streiken nunmehr 13 Wochen bei den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes für das Steinfegergewerbe. Bei 13 nicht dem Verbands angehörenden Arbeitgebern wird gearbeitet. Es handelt sich um die Einfügung des Zeitlohnes an Stelle des Akkordlohnes, wodurch eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden würde. Es wird dringend vor Zugung gewarnt.

Die Damenschneider und Schneiderinnen von Leipzig stehen vor einem heftigen Tarifkampf. Die Unternehmer haben ihnen eine Tarifvorlage gestellt, durch die beabsichtigt wird, den bestehenden Zeitlohn durch Stücklohn zu verdrängen. Auf die Mitteilung des Schneiderverbandes, daß gegenwärtig eine ungünstige Zeit zur Beratung des Tarifs sei, da zur Zeit in fast allen Geschäften die Damenschneider und der größte Teil der Schneiderinnen ausfallen müssen und demzufolge viele nicht am Platze sind, über die Köpfe der Betreffenden hinweg aber keine Tarifberatungen gepflogen werden können, antwortete der Unternehmerverband, er verlangt sofort die Tarifberatungen, andernfalls würde er den Stücklohn ohne Mitwirkung der Gehilfen einführen. Eine Versammlung der Schneider und Schneiderinnen hat nunmehr beschlossen, die Tarifverhandlungen aufzunehmen.

Vom Maßregelungsbureau des bayerischen Metallindustriellenverbandes.

Der Metallindustriellenverband hat es sehr eilig, den jüngst in Nürnberg gefaßten Beschluß in die Tat umzusetzen und für die Metallarbeiter Augsburgs, Münchens und Nürnbergs einen von den Unternehmern geleiteten und unterhaltenen Arbeitsnachweis zu errichten. So haben die Industriellen in Augsburg bereits zu diesem Zwecke ein Lokal gemietet und soll der Arbeitsnachweis am 15. August seine Tätigkeit beginnen. Um ja jeden Zweifel zu beseitigen, als sei diese Einrichtung keine gegen die Arbeiterchaft gerichtete Waffe, hat die Maschinenfabrik Augsburg bereits einen Beamten nach Hamburg geschickt, der die Einrichtung und den Betrieb des berücksichtigten Hamburger Unternehmensnachweises studieren soll. Nach seiner Rückkehr soll er die Leitung des Augsburger Maßregelungsbureaus übernehmen.

Forderungen der städtischen Arbeiter in München.

Nachdem die Laternenvärter und Gasanstaltsarbeiter Münchens mit Forderungen hervorgetreten, hat am Sonntag eine Gesamtversammlung aller Kategorien städtischer Arbeiter infolge der neuen Lebensmittelpreiserhöhungen und neuer Steuern Forderungen aufgestellt, die in folgender einstimmig angenommener Resolution zum Ausdruck kommen:

„Die am 18. Juli im „Kolozeum“ tagende demonstrativ besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter erwartet von den städtischen Kollegien, daß angesichts der schon bisherigen und insbesondere der durch die neue Sicherungsgebung geschaffenen Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel, sowie auch der Wohnungen, in den Etat für 1910 eine entsprechende Summe zur Durchführung einer Aufbesserung von mindestens 30 Pf. täglich für sämtliche städtischen Arbeiter, sowie Gewährung der Vorrückung alle 2 Jahre und eines Mindesttagelohnes von 4 M. eingesetzt wird. Ebenso ist die Einführung eines Dreifachwechsels in allen durchlaufenden Betrieben ein unabwendbares Bedürfnis. Die Versammelten glauben annehmen zu dürfen, daß die Stadtwaltung nach Lage der Verhältnisse diesen Forderungen Rechnung tragen wird. Sie fordern alle städtischen Arbeiter auf, durch den Ausbau der Organisation diesen berechtigten Wünschen den nötigen Nachdruck zu verleihen.“

Dem Saarbrücker Scharfmachertum im Baugewerbe

ist kein Mittel zu gering, die um 4 Pf. Lohnaufbesserung seit Pfingsten kämpfenden Bauarbeiter niederzuringen. Da ihre bisherigen Reihenhoden wenig oder gar keinen Erfolg gezeitigt haben, greift man jetzt zur Denunziation des Streikleiters. Der schlaue Plan selbst ist vielleicht einem Polizeioffizier entsprungen, der vor einigen Tagen zu mehreren Unternehmern sagte: „Der Bauarbeiterstreik wäre bald beendet, wenn man den Schrotth verhaften würde.“ Genosse Schrotth ist Bezirksleiter des Maurerverbandes und Leiter des Streiks. Ihn kaltzustellen, wäre schon des Schwitzes der Edlen wert. Aber im Rechtsstaate Preußen-Deutschland kann man doch ohne Grund selbst einen verhaften Streikleiter nicht gut einsperren, also muß ein solcher Grund vorhanden sein. Zunächst denunzierte man Schrotth, einen Arbeitswilligen geschlagen zu haben, obgleich in Wirklichkeit Schrotth den Arbeitswilligen vor Schlägen geschützt hat. Der Mensch rempelte eine Anzahl Bauarbeiter auf offener Straße an und als einem Kollegen die Geduld ausging, und er dem Streibreaker zu Leide gehen wollte, sprang Schrotth dazwischen und verhinderte, daß die beiden handgemein wurden. Trotzdem denunzierte der Streibreaker den Genossen Schrotth bei einem Polizeibeamten, er habe ihn geschlagen! Das genügte der Staatsanwaltschaft, gegen Schrotth ein Strafverfahren, natürlich im „öffentlichen Interesse“ einzuleiten. Ihn aber zu verhaften, in Unterjochung zu sperren, dazu reichte es noch nicht aus. Am 20. Juli mußte Schrotth bei der Kriminalpolizei erscheinen, wo eine neue Denunziation geschrieben und unterschrieben vom Generalsekretär Ohlle vom Arbeitgeberverband, vorlag, nach welcher Schrotth in einer Versammlung am 12. Juli gesagt haben soll:

„Haut nur auf die Arbeitswilligen ein so viel ihr könnt und macht dabei die Augen zu.“ Auf Grund dieser Denunziation soll gegen Schrotth ein neues Strafverfahren wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten eröffnet werden. Die Verhaftung hat die Staatsanwaltschaft vorläufig nicht beschlossen. In Wirklichkeit hat Schrotth, der im Rufe eines sehr besonnenen Mannes steht, so etwas nicht gesagt.

Aus Industrie und Handel.

Vom Roheisenmarkt berichtet die Zeitschrift „Stahl und Eisen“, daß die Lage sich insofern wenig geändert, als Bedarf für dieses Jahr sich kaum noch bemerklich mache. Dagegen sei das Geschäft für nächstjährige Lieferung durch die Ermäßigung des Preises für Hochofenlohn um 150 M. für die Tonne, die das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat vorgenommen hat, augenscheinlich nicht unbeeinflusst geblieben. Wenigstens seien neuerdings eine Anzahl Abschlüsse für 1910 zu Preisen getätigt worden, die teilweise etwas unter den diesjährigen Notierungen liegen.

Petroleummonopol.

Die Königl. Niederländische Petroleumgesellschaft, die ein halbes Hundert Millionen Gulden Aktienkapital hat, ist neben dem Öltrust die bedeutendste Gesellschaft für den Petroleumhandel. Sie hat überall eigene Verkaufsgesellschaften und Agenturen eingerichtet. Das Kohlenpetroleum bezieht sie aus eigenen oder von ihr kontrollierten Oelquellen in Vorneo, Java und Sumatra; und besitzt eigene Raffinerien. Bis jetzt bestand zwischen dieser Gesellschaft und den Amerikanern ein stillschweigendes Uebereinkommen dahin, daß man sich gegenseitig nicht ins Gehege kommen wolle. Nun ist eine Interessengemeinschaft geschlossen worden. Der Leiter der Niederländer ist in das Direktorium der Amerikaner eingetreten. Damit hat die Standard Oil Co. fast den ganzen asiatischen Petroleummarkt und den europäischen Benzinmarkt in ihre Hände bekommen.

Aluminium-Syndikat. Bei den in Paris abgehaltenen Verhandlungen der französischen Aluminiumfabrikanten gelang die vollständige Einigung. Wenn Verhandlungen mit der Industrie-Aktien-Gesellschaft in Neuhausen zu einem Ergebnis führen, ist die Grundlage für die Neubildung des internationalen Syndikats gegeben. Das letzte Aluminiumsyndikat ist im Oktober 1908 aufgelöst worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Eine tolle Brandstiftung beschäftigte am Donnerstag nachmittag die Berliner Feuerwehr in der Markuststraße 50, Ecke der Berlinertheaterstraße. Dort kam gegen ¼ 4 Uhr in einem Keller Feuer aus, das schnell eine große Ausdehnung erlangte, so daß die Feuerwehr gleich bei ihrem Eintreffen mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben mußte. In zwei von einander getrennten Kellerräumen brannten Heu, Hausrat usw., die, wie der Befund ergab, vorher mit Petroleum begossen war. Zum Glück gelang es, die Flamme auf die Kellerecken der Patent-Kartonagenfabrik G. m. b. H. zu beschränken und die Gefahren für die vielen in den zahlreichen Betrieben tätigen Personen abzuwenden. Die Kriminalpolizei hat sofort Ermittlungen angestellt und mehrere Sittierungen bereits vorgenommen. Ferner wurde gestern die Feuerwehr nach dem Märkischen Museum alarmiert, wo zwei Personen in dem Fahrstuhl, der im Schacht stehen geblieben war, eingesperrt waren. Die beiden Personen sind mit dem Schreden davongekommen und konnten bald befreit werden. Ferner hatte der 7. Zug einen Kellerbrand zu löschen, der nachmittags um 4 Uhr aus noch nicht ermittelter Ursache in der Petersburger Straße 6, einem großen Miethause, ausbrach. Als die Feuerwehr erschien, brannten eine Menge Papier, Verschläge und Schalbeden. Der 1. Zug hatte dann in der Hofstraße 18 zu tun, wo die Türbeschildung u. a. in einer Wohnung brannte. Dem schnellen Eingreifen der Feuerwehr ist es zu verdanken, wenn in diesen Fällen der Schaden nicht bedeutend war. Außerdem wurde die Feuerwehr nach der Buchdruckerei von Wigantow, Chausseestraße 72, alarmiert. In dieser brannten Papierballen, Fußboden u. a. Ueber einen Stadelübergang verschaffte sich nach Einschlagen der Fenster die Welle Eingang zur Brandstelle. Der Qualm konnte nun leicht abziehen und es gelang, die Flammen nach tüchtigem Wassergeben auf ihren Herd zu beschränken. Der Schaden ist durch Versicherung voll gedeckt und der Betrieb nicht gestört. Die Entstehung ist nicht ermittelt.

Abgestürzt.

Zermatt, 22. Juli. Auf einem Spaziergang nach der Riffelalp ist heute Edmund Parmentier aus Spiez in den reißenden, in einem tiefen engen Felsenbett zum Gärnertseiler herabstürzenden Triftbach gestürzt. Die Bergung der Leiche wird kaum möglich sein.

Eine böse Predigt.

Paris, 22. Juli. (B. L. B.) Das Justizpolizeigericht von Bordeaux verurteilte den neuen Erzbischof von Bordeaux, Cardinal Andrieu, wegen seiner Antrittspredigt, in der er zum Ungehorsam gegen die Schulgesehe aufgefordert hatte, zu 600 Frank Geldstrafe.

Die Gallenpestilenz.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Unterhaus. (Fortsetzung. Anfang unter Ausland.) Hierauf besprach Staatssekretär des Inneren Grey verschiedene während der Debatte aufgeworfene Fragen und erklärte: Wir haben Spezialabkommen, die aller Welt bekannt sind, mit gewissen europäischen Mächten, aber wir betrachten diese Abkommen nicht als eine Schranke zwischen uns und anderen Mächten; wir sehen darin kein Hindernis für uns, mit anderen Mächten in guten Beziehungen zu leben. Mit anderen Worten: Die Interpretation, welche wir diesen Abkommen geben, ist die, daß kein Grund vorhanden ist, wegen dieser Vereinbarungen in schlechten Beziehungen zu stehen zu irgend einer anderen Macht; und wenn wir sehen, daß europäische Mächte Fragen unter sich in freundschaftlicher Weise erheben, so sehen wir das mit aufrichtigem Wohlwollen. Wir wollen an diesen Abkommen festhalten, da sie stets ein höchst schätzenswertes Mittel gewesen sind, Reibungen zwischen uns und den Mächten, mit denen wir Abkommen getroffen haben, zu beseitigen. Wir erwarten, daß diese Abkommen mit der gleichen freundschaftlichen Gesinnung von den anderen europäischen Mächten aufgeführt werden.

Frühstück-Sympathien.

London, 22. Juli. (B. L. B.) Bei einem heute zu Ehren der Abordnung des türkischen Parlaments von der Regierung gegebenen Frühstück versicherte Staatssekretär Grey die Deputation des aufrichtigen Wohlwollens und der Sympathie Englands für die Türkei und sprach den lebhaftesten Wunsch aus, daß die gegenwärtigen freundschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten werden.

Heiliger Krieg.

Algier, 22. Juli. (B. L. B.) Die Eingeborenen in der Umgegend von Melilla erklären, daß im Aufgebiet der heilige Krieg proklamiert worden sei und man glaubt, daß zahlreiche Morokkaner sich der Garla anschließen werden.

Wollenbruch.

Duluth (Minnesota), 22. Juli. (B. L. B.) Durch einen Wollenbruch wurden hier gestern 20 Häuser fortgeschwemmt. Drei Personen kamen dabei ums Leben.

Außerordentlicher Verbandstag der freien Gastwirte Deutschlands.

Wir tragen aus den vorgestrigen Verhandlungen die beiden Resolutionen nach. Die erste Resolution lautet:

Durch die Reichsfinanzreform und die Beschlüsse des konservativ-liberalen Blocks sind die Gastwirte so ungemein schwer belastet, daß es dem Gewerbe völlig unmöglich ist, diese Opfer allein zu tragen.

Neben den 130 Millionen Mark an Brauereuern, welche 1906 und in der diesmaligen Steuerkampagne dem Gastwirtsgewerbe aufgebürdet wurden, lasten auf demselben weitere 125 Millionen Mark in Gestalt der Branntweinsteuer und der Schnapsliebhabergabe. Es wird auch die Erhöhung der Tabaksteuer, des Kaffee- und Teezollens, sowie die Besteuerung des Schaumweines, der Zündwaren und der Wäskörper, die bei dem Bedarf der Gastwirte gut und gern mit 25 bis 30 Millionen als Unkosten in Rechnung gestellt werden müssen, den ohnehin schon lärglichen Verdienst der Gastwirte noch mehr herunterdrücken.

Zu alledem kommt noch die enorme Verteuerung der Nahrungsmittel, die ungerechte und rücksichtslose Steuerquerschererei der Einzelstaaten, der Kreise und Gemeinden, welche durch ihre Stempel-, Aufsicht-, Betriebs-, Konzessions- und Sonderbiersteuer das Menschenmögliche aus den Gastwirten herauszuholen bereit sind. Namentlich die letzteren Steuerarten sowie die Belastung von 1906 sind von den Birten bisher allein getragen, es sind dadurch aber auch schon tausende braver Kollegen dem Ruin überantwortet worden.

Trotz der gebarnischen Proteste, nicht nur der Angehörigen unseres Berufes, sondern auch der Frau-, Branntwein- und Tabakindustrie hat die reaktionäre Mehrheit des Reichstages ihr Steuerdiktat mit aller Brutalität durchgedrückt. Deshalb sehen es aber auch die, anlässlich des außerordentlichen Verbandstages der „Freien Gast- und Schankwirte Deutschlands“ zu Berlin im großen Saal von Freyer, Kopenstr. 23, äußerst zahlreich versammelten Angehörigen des Gastwirtsgewerbes als ihre Hauptaufgabe an, jede Gelegenheit zur tatkräftigen Agitation auszunutzen, damit bei den nächsten Wahlen zum Reichstage und zu den Landtagen den Reaktionen aller Schattierungen eine Quittung ausgestellt werde, wie sie von den Volksausbeutern nicht erwartet wird. Die Versammelten fühlen sich aber auch gedrängt, dem Selbsthaltungstrieb und der Pflicht gegen ihre Familien Rechnung zu tragen, und ersuchen darum die Delegiertenversammlung, Mittel und Wege zu suchen, welche eine einwandfreie Regelung der Abwälzungsfrage gewährleisten.

Die zweite Resolution bezieht sich in ihren ersten beiden Absätzen sachlich mit den Ausführungen der ersten drei Absätze in der oben wiedergegebenen Resolution und fährt dann fort:

Soll ein allgemeiner wirtschaftlicher Zusammenbruch des Gewerbes verhindert werden, so kann dies nur durch Ueberwälzung der hohen Lasten auf die Masse der Konsumenten geschehen. Als einziges Produkt, welches diese Ueberwälzung zu tragen vermag, sehen die Delegierten des Verbandstages das Bier an. Demzufolge wird unter sorgfältiger Berechnung der steuerlichen und sächlichen Unkosten der Verkaufspreis für den Liter Bier unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse zu erhöhen sein. Die Festsetzung der bestimmten Sätze muß bezirksweise erfolgen. Als Grundlage dient die Bezirksenteilung des Verbandes.

Wo eine Einmütigkeit der Gastwirtsorganisationen auf vorstehender Basis erreicht ist, kann und muß den Brauereien ein Bierpreisaufschlag nach Maßgabe der Verhältnisse gezahlt werden. Dafür haben die Brauereien Garantien mit rechtsverbindlicher Kraft zu geben, daß ihrerseits jede Schleiher- und Schmutzplunderung beseitigt wird; ebenso sollen sie angehalten werden, daran mitzuhelfen, die Schmutzplunderung der Kaufleute im Gastwirtsgewerbe wirksam zu bekämpfen.

Ueber die Höhe des den Brauereien zu bietenden Preiszuschlages sowie über die sonstigen Verhandlungspunkte ist von den Bezirksleitern dem Hauptvorstande vor der Beschlußfassung genaue Mitteilung zu machen. Der Hauptvorstand ist verpflichtet, unzugänglich seine Meinung dazu zu äußern, sowie den Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Sollten sich Gruppen von Brauereien oder einzelne derselben weigern, zu einer Regelung der Dinge beizutragen, so muß dies als offene Kampfverletzung aufgefaßt werden, und haben dann die Verbandsinstanzen darüber zu beschließen, welche

Mittel zu ergreifen sind, um eventuell eine Regelung zu erzwingen.

v. d. Heiden-Köln. Schulz-Berlin, Emmer-Halle, Biermann-Nürnberg, Osterhof-Altona.

Am 2. Verhandlungstag stand der Punkt Agitation und Organisation zur Beratung. Mödel-Berlin meint, der Passus im § 2 des Statuts, wonach Mitglied des Verbandes nur der werden kann, der „sich mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei einverstanden erklärt und politisch organisiert ist“, würde in der Agitation oft hinderlich sein. Man solle die Worte „und politisch organisiert ist“ streichen, denn dieser Passus sei nicht mehr haltbar, andere wirtschaftliche Organisationen würden derartige Aufnahmebedingungen auch nicht stellen. Einzelne Redner stimmen Mödel zu, die Gastwirte könnten nicht alle politisch organisiert sein, sagte Schwab-Strahburg, die Mehrzahl wendet sich aber gegen seine Ausführungen. Rathes-Berlin hebt hervor, Mödel habe nicht im Auftrag der Berliner gesprochen, diese seien anderer Meinung. Betont wird auch, daß der außerordentliche Verbandstag kein Recht zur Statutenänderung habe. Die Leitung des Verbandstages schlägt vor, diese Frage auf dem nächsten ordentlichen Verbandstage zu erörtern; dem wird zugestimmt.

Festgestellt wird noch, daß von 90 vertretenen Jahrestellen 30 Gewerkschaftskartellen angeschlossen sind.

Der nächste Verbandstag findet 1910 in Linden bei Hannover statt.

VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Köln, 21. Juli.

Die Aussprache über die Reichsversicherungsordnung, die in Anknüpfung an das gestrige Referat erfolgte, füllte den ganzen heutigen Vormittag aus. Die Kritik im allgemeinen, die von den einzelnen Rednern an der Reichsversicherungsordnung geübt wurde, war nicht besonders günstig, sie gipfelte bei einigen besonderen Bestimmungen in einer entschiedenen Abfage.

Geheimrat Düttmann (Düsseldorf), Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Düsseldorf und Herausgeber des „Versicherungsboten“, wird als „fachverständiger Gast“ zum Wort zugelassen. Er tritt als Beschuldigungskritik auf und erlucht den Kongreß, die Arbeiterabgeordneten nicht mit einem gebundenen Mandat auszustatten, sondern ihnen das Recht zu wahren, das Für und Wider abzuwägen, besonders auch bezüglich der Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen, die man wohl rechtfertigen könne. Auch die Landlosen, gegen die sich mehrere Redner gewandt hatten, finden seinen Beifall. Die Konservativen würden bei Krankenversicherung der Landarbeiter nur zustimmen, wenn dies ohne die Ortskrankenkassen geschehe, dem müsse man Rechnung tragen, wenn nicht die Reichsversicherungsordnung scheitern solle.

Geheimrat Düttmann wurde mehrfach durch Protestrufe unterbrochen, merkwürdigerweise fand er beim Abtreten immer noch Beifall. Die folgenden Redner erteilten ihm jedoch eine entschiedene Abfage.

Der Redner erklärt in seinem Schlußwort, daß er sich in seinem Vortrag mit Absicht sehr gemäßig habe, um dem Vorwurf zu entgehen, daß er die Antreiben in ihrer Stimmung gar zu sehr beeinflusst habe. Der Protest sei spontan erfolgt und das sollte der Regierung und dem Reichstag zu denken geben, wie gefährlich es sei, diese Stimmung unter der christlichen Arbeiterkassette zu übersehen. Der Redner glaubt übrigens nicht, daß sich im Reichstag eine Mehrheit für die Beschränkung der Arbeiterrechte in den Krankenkassen finde.

Die vom Referenten aufgestellten sehr umfangreichen Leitsätze werden zur weiteren Bearbeitung einer Kommission überwiesen, die die in der Diskussion betonten Forderungen hineinschleift, worauf die Leitsätze in dieser Fassung angenommen werden.

Den Schluß der Verhandlungen bilden zwei Referate der Abgeordneten Behrens und Giesberts über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zur christlichen nationalen Arbeiterbewegung. Die Referate und ebenso die sich daran folgende Aussprache behandeln die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den konfessionellen Arbeitervereinen, den Kirch- und Dunderschen Gewerksvereinen und den katholischen Fachabteilungen. Zu einer Klärung der mancherlei Beziehungen kam es nicht, es blieb bei unerbittlichen Ausweisungen, die beweisen, wie schwankend und unsicher das Verhältnis der in der sogen. christlich-nationalen Arbeiterbewegung befindlichen Organisationen zu einander noch ist.

Vände Myth, auch Romane, Kriegsnovellen und Dramen geschenkt. Aber sein Bestes bleiben seine Gedichte und Balladen. Darunter besitzt eine hübsche Menge Dauerwert. Lilencron sang immer, wenn er mußte und wie's ihm ums Herz war. Zwischen ihm und seinen Worten steht keine Scheidewand, ganz so, wie auch Goethe unmittelbar paßt. Eigene Laute brachte er in die deutsche Verssprache hinein, originelle Bilder und Vergleiche. Alles farblich, frisch, froh, gesund. Und ob er auch kein Verständnis für soziale Fragen gezeigt hat und immer nur ein Freiher, ein altadeliger Syrope sein wollte — für das Volk hat er doch viel Liebe und Mitleid besessen, wie ja manches seiner Gedichte zeigt. So steht er uns nicht fremd gegenüber. Und so bleibt er auch uns unvergessen. E. K.

Die Erstgattung der schwarzen Rasse. Zu den vielen falschen und übertriebenen Vorstellungen über afrikanische Verhältnisse, mit denen die Forschung neuerdings ausgeräumt hat, gehört auch die Annahme von nach vielen Millionen zählenden „Wilden“, die den dunkeln Erdteil bevölkern. Tatsächlich ist die Bevölkerungsdichtigkeit auch der fruchtbarsten Länderstücke ganz unvernünftig gering. So leben nach den neuesten amtlichen Schätzungen in Deutsch-Ostafrika, das doppelt so groß ist wie das Deutsche Reich, nur 4.847.000 Einwohner, in Kamerun, das fast genau so groß ist wie Deutschland, nur 2 1/2 Millionen, in Deutsch-Südwest, das die anderthalbfache Größe des Mutterlandes hat, sogar nur 200.000. Als Gründe für diese Dürftigkeit der Bevölkerungsziffern sind neben den Nachwirkungen der früheren Sklavenjagden, des Kannibalismus und der blutigen Vernichtungskriege der Regierungen untereinander, einerseits die geringe Fruchtbarkeit der schwarzen Rasse, andererseits die massenhafte frühzeitige Sterblichkeit anzuführen. Jene ist eine Folge der allzu frühen Heiraten, der verheerenden Geschlechtskrankheiten und der vielfach üblichen Vernichtung keimenden Lebens, diese beruht auf der geradezu grauenerregenden gesundheitlichen Vernachlässigung der Neugeborenen, die nach der Entwöhnung von der Brust nur zu bald in ihrem eigenen Schmutz, in schwärenden Krankheiten und infolge der widerwärtigen Ernährung elend verkommen. Ueberhaupt spielt die unzureichende Ernährung des Regers jeden Alters in Afrika eine verhängnisvolle Rolle und macht ihn zur leichtesten Beute infektiöser Darmkrankheiten, besonders der Ruhr. Seine primitive Velleidung setzt ihn namentlich in der Regenzeit zahllosen Erkältungen, von leichteren Katarrhen bis zu Gelenkrheumatismus und Lungenentzündung aus. Dazu kommt, daß nach den letzten amtlichen Medizinberichten aus den Schutzgebieten auch die Tuberkulose, die dort bisher noch so gut wie unbekannt gewesen war, als Schreckgepein in der schwarzen Bevölkerung aufzutreten beginnt, und daß der Alkoholismus die Widerstandskraft des Regers gegen krankmachende Einflüsse herabmindert. Namentlich Wunden, Schlafkrankheit, Lepra und Wurmkrankheit fordern zahlreiche Opfer. Allen diesen Gefahren gegenüber fordert ein alter Afrikaner, Stabsarzt Dr. Lion, in einem Artikel der „Kolonialen Rundschau“

Die noch vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt, worauf der Kongreß nach einem Schlußwort des Vorsitzenden vom Ausschuß des Gesamtverbandes, Schiffer, geschlossen wurde.

Der Verbandstag der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Die bereits am Mittwochabend begonnene Beratung über zum Statut gestellte Anträge wurde in der gestrigen Vormittagsitzung fortgesetzt. Angenommen wird ein Antrag, wonach auf der Durchreise befindliche Mitglieder zur Zahlung örtlicher Zuschläge nicht verpflichtet sind, wenn sie ihre Beiträge bis zur Abreise voll bezahlt haben. Es werden noch verschiedene andere Änderungen und Ergänzungen des Statuts beschlossen. Zu erwähnen ist eine Bestimmung, wonach Mitgliedern, die ins Ausland reisen und dort der Gewerkschaftsorganisation angehören, bei ihrer Rückkehr die im Ausland geleisteten Beiträge angerechnet werden, sofern sie sich innerhalb vier Wochen melden und im Ausland ihren Verpflichtungen nachgekommen sind. Ist es Mitgliedern im Ausland nicht möglich, einer Gewerkschaftsorganisation anzugehören, so können sie die Mitgliedschaft im Verbande aufrecht erhalten und müssen ihre Beiträge der Hauptkassette einbringen. Unterstützungen werden jedoch nach dem Ausland nicht gezahlt. — Der Verband paßt sich mit diesem neuen § 14a des Statuts den in der

Internationalen Union der Holzarbeiter

geltenden Bestimmungen an, der er angeschlossen ist. — Eine längere und lebhaftere Debatte ruft ein Antrag des Hauptvorstandes hervor, der besagt, daß regelmäßige örtliche Zuschüsse, wenn sie über die Höhe des Wochenbeitrages hinausgehen, nicht mehr zulässig sein sollen. Der Antrag wird mit 21 gegen 20 Stimmen angenommen. Ferner wird eine Bestimmung in das Statut aufgenommen, wonach die Arbeitslosen sich täglich zweimal zur Kontrolle zu melden haben, Ausnahmen hiervon nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes zulässig sind, wogegen nach dem alten Statut die Regelung der Kontrolle den Filialen überlassen war. Außerdem werden noch einige andere kleine Änderungen der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Bei den Bestimmungen über die Krankenunterstützung wird insofern eine Verbesserung beschlossen, als Mitglieder, die innerhalb vier Wochen nach ihrer Gesundheitsmeldung von neuem erkranken, die Krankenzustand nicht von neuem durchzumachen haben. Ueber Gemahregelienunterstützung bestimmt das alte Statut, daß ihre Höhe durch den Hauptvorstand festgesetzt wird. Dazu liegen Anträge vor, die Unterstüthungshöhe in der einen oder anderen Weise im Statut zu bestimmen, sowie andere Anträge, die Festsetzung von Umzugsunterstützung für Gemahregelte, die sich genötigt sehen, mit ihrer Familie ihren Wohnort zu wechseln, zum Ziele haben. Der Verbandsvorstand erklärt dazu, daß der Hauptvorstand bisher die Gemahregelienunterstützung um 3 Mk. höher als die Streikunterstützung bemessen, und auch entsprechend den Anträgen über Umzugsunterstützung an Gemahregelte gehandelt hat. Der Verbandstag verzichtet aus diesen Gründen auf die Festsetzung besonderer Bestimmungen und erklärt sich mit der bisherigen Praxis des Hauptvorstandes einverstanden.

Die Beratung über die Anträge zum Statut wurde in der Vormittagsitzung beendet. Das neue Statut soll am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft treten.

Die Nachmittagsitzung beginnt mit der Beratung des Reglements für Lohnbewegungen,

wozu eine Reihe von Anträgen teils des Hauptvorstandes, teils der Filialen vorliegt. Zum ersten Abfag des bisherigen Streikreglements, der besagt, daß Arbeitseinstellungen nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen können und daß sämtliche Streiks der Oberleitung des Hauptvorstandes unterliegen, schlägt der Hauptvorstand vor, das Wort „Streiks“ durch „Bewegungen“ zu ersetzen und einen Satz des Inhalts anzufügen, daß der Hauptvorstand über die Beendigung der Bewegungen zu entscheiden hat, wobei möglichst eine Verständigung mit der Ortsverwaltung und den Streikenden herbeizuführen ist. Der Vorstand befragt folgenden Zusatz:

„Erlären sich zwei Drittel der Mitglieder der Filiale in geheimer Abstimmung gegen die Beendigung, so gelten die bezüglichen Anträge des Hauptvorstandes als abgelehnt.“

Nach längerer Erörterung wird der von Berlin vorgeschlagene Zusatz und ebenso der Vorschlag des Hauptvorstandes angenommen. Ebenfalls angenommen wird ein Antrag, wonach Angriffstreiks mindestens drei Monate vor Beginn, beim Be-

dringend und energisch die hygienische Erziehung des Regers nicht nur als selbstverständliche Menschenpflicht der ungebildeten Masse gegenüber, sondern auch im nationalen Selbsthaltungsinteresse. Dr. Lion rät vor allem zur systematischen Bekämpfung aller Krankheiten, deren Träger der Regers ist, da alle persönliche Hygiene der Europäer sonst nur problematische Wert hätte, und empfiehlt Aufklärung der Bevölkerung — besonders durch die Schulen — über Wohnungs- und Kleidungshygiene, Kinderernährung usw. Die Andolung des Regers in dieser Hinsicht ist allerdings groß, daß sie aber belämpft werden kann, beweist sein Verhalten gegenüber der Schutzpockenimpfung, deren Nutzen schon weite Kreise der Bevölkerung begriffen haben.

Diese vom nationalen Profitinteresse diktierte Humanität des Hygienikers kann über die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß gerade die kapitalistische Kolonisation in unerhörter Weise die schwarze Rasse dezimiert hat. Die systematische Waffenschlächterei in Südwestafrika ist denn doch noch in allzufrischer Erinnerung und der Mangel an „hygienischer Aufklärung“ in Europa selbst allzu himmelschreiend, als daß man die „Regerhygiene“ anders denn als blutige Ironie empfinden könnte.

Humor und Satire.

Die Weltreise des Baren.

Nachdem er durch Tischrücken, aus dem Koffeefah und durch die Geister seiner Ahnen das Schicksal erforscht hat, beschließt der Jar sich auf die Reise zu begeben. Er ernennt Azem zum Kommandanten seiner Nacht „Standard“ und bezieht die Befehle aus Polypen und Spiegeln zusammenzufassen.

Begleitet von den Wäntchen seines Volkes schiffert der Jar sich ein (in einem gepanzerten Automobil — das „Volk“ besteht aus Kofaten).

An der französischen Küste empfängt ihn ein Defan von Rissen, aber Azem tröstet ihn: „Bemühen Sie sich nicht, Majestät; die Franzosen zischen, aber sie pumpen auch.“

In den englischen Gewässern rät ihm Edward: „Du solltest lieber abreisen. . . Wir haben gerade die Regatten und unsere Sportleute haben kein Vertrauen. . . Sie erümen sich noch zu gut an Null.“

Bei seiner Annäherung beginnt Italien vor Jörn zu erdbeben und der Beta fliegt vor Abfagen.

Mit Enthusiasmus wird der Jar — endlich — auf einer Insel Polynesiens empfangen von einem menschenfressenden Wäntchen. Da er aber erzählt, daß es kein Geld kennt, weigert er sich, an Land zu gehen.

Am Nordpol glaubt er schließlich das verheißene Land gefunden zu haben, weil es dort keine Menschen gibt. . . Er tritt eine Rundreise um den Pol an. Sie wird lange, vielleicht . . . ewig dauern. Das ist wenigstens der aufrichtige Wunsch aller Russen.

(„L'Affette au beurre.“)

Kleines Feuilleton.

Deffen von Lilencron f. Es herbstelt im deutschen Poetenhain. Einer nach dem andern von der inzwischen altgewordenen Garde des „Jüngling Deutschland“ wird abgerufen. . . Jetzt auch Lilencron. Noch vor sechs Wochen haben sie ihn gefeiert, als er die Schwelle des 63. Lebensjahres überschritt; ja, die Kieler Universität ließ sich herbei, den Dichter wie einen Knaben mit dem Titel eines „Erendollors“ zu beehren. Ach, noch vor einem halb Duzend Jahren oder wenig früher war das ganz anders. Von Freiligrath stammt das Wort: „Poeten — des Himmels Prinzen und der Erde Lumpen!“ Das konnte einst auch von Lilencron gelten. Auch er war damals ein Proletarier. Und Schmod machte sich lustig über den Versbaron. Was er nie nicht in der Münchener „Jugend“ (Jahrgang 1901) dies Passquill:

Ein Hanswurst von Adel.

Hies liebe Vrot
Tritt einer auf dem Ueberbrett
Sein bißchen Ehre in den Rot.
Herein! Ein Cloton mit zweimunddreißig Ähnen,
Der für Dich Purgelbäume schlägt . . .

Dann schlug der Wind um. Aber nicht weil man mittlerweile erkannt hatte, daß Lilencron ein großer Dichter war, sondern weil ihm plötzlich des Kaisers Gnadenionne leuchtete. Hunderte von Malen wurde damals der Sechzigjährige angebetet, antomponiert, angehöllert, antelegographiert und anphotographiert — und so ist das geblieben bis an seinen Tod. Daß Lilencron ebendam in zahlreichen Stachelberzen die geistige Rücksichtigkeit und prophyge Geldblademoral des deutschen Epieherlums mit der satirischen Hundsbeyße bedient hatte; — dies und manches andere suchte man anjetzt durch Lobeshymnen und Schweißgewedel vor ihm, dem souveränen Geißelschwinger vergessen zu machen. Ja, und wie christlich hat er sie einst gehabt, wie knechtig mit Füßtritten traktiert: diese pudelnarrische Freiglingsfippe! Man lese doch sein „Dichterlos in Kamtschatka“ („Gebuld Poet und nicht gemußt: So heißt die Wille, die du schuld!“) Man lese seinen „Räcken“, und man lese, unzähliger anderer Püsse nicht zu gedenken, seinen „Heidegänger“. Wälder auf Wälder seines eigenen Rot- und Kampflebens entrollt der Dichter vor unserm Auge. Da läßt er nacheinander einen Kritiker, einen Literaturprofessor, einen Moralisten, einen Karren, den Tod und sogar einen — Staats-c n o a t t erscheinen. Und ihnen allen gibt er eine derbe Züchtigung in Versen. . .

Lilencron — geboren 3. Juni 1844 — kam über den preußischen Infanteriehauptmann zur Literatur. Sehr spät, kann man sagen; denn erst vor fünfundsiebzig Jahren erschien sein erstes Gedichtbuch: „Adjutantentritte“. Nacheinander hat er uns nun mehrere

Rechen fändbarer Lohnsätze jedoch mindestens zwei Monate vor dem Kündigungstermin, dem Hauptvorstand angemeldet werden müssen. In den Bestimmungen über Streikunterstützung stellt der Hauptvorstand einen Antrag, wonach Mitglieder mindestens 8 Wochen dem Verband angehören müssen, um Anspruch auf diese Unterstützung zu haben, wogegen Berlin vorschlägt, 4 Wochen zu setzen. Der Berliner Antrag wird angenommen. Ferner wird beschlossen, daß die weiblichen Mitglieder $\frac{2}{3}$ der für die männlichen festgesetzten Streikunterstützung erhalten. Zu einem Antrag Berlins, daß bei Streiks und Ausperrungen arbeitslose Mitglieder berechnigt sein sollen, statt der Arbeitslosen, die Streikunterstützung zu beziehen, und das auch auf ausgesteuerte Mitglieder ausgedehnt ist, erklärt der Hauptkassierer Spliedt, daß dies nach Prüfung der Sachlage bisher schon so gehandhabt wurde und auch in Zukunft so gehandelt werden soll. Auf Grund dieser Erklärung wird der Antrag zurückgezogen.

Es folgt der Punkt: Die Reichsversicherungsordnung.

Hierzu wird nach kurzem Referat des Verbandsvorstehenden Besser einstimmig folgende Resolution angenommen, die dem Bundesrat wie dem Reichstag zugestellt werden soll.

Der 4. ordentliche Verbandstag des Verbandes der Tapezierer und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands kann in dem Entwurf der A.-B.-D. die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Bestrebungen der Arbeiterklasse nicht erfüllen.

Für die Krankenversicherung bringt der Entwurf schwere Eingriffe in die Selbstverwaltung der Versicherten, besonders in den neu geplanten Landkrankenklassen. Der Verbandstag protestiert gegen jene Entrechtungsversuche und weist dieselben mit größter Entschiedenheit zurück.

Auch für die Unfallversicherung bringt der Entwurf, von geringfügigen Erweiterungen der Versicherungspflicht abgesehen, nur Verschlechterungen, so hinsichtlich der Gestaltung des Rechtsweges durch Befreiung des Returres an das Reichsversicherungsamt, des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit, der Einführung von Renten auf Zeit, der Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, des Ruhens der Renten, des Arbeitszwanges u. a. m.

Der Verbandstag erklärt diese Bestimmungen für unannehmbar und fordert die Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Lohnarbeiter. Dringend notwendig ist insbesondere, daß für die Tapezierer und verwandten Berufsangehörigen ein einheitlicher, zweifelsfreier Rechtszustand geschaffen wird, dadurch, daß alle Tapezierer, ohne Rücksicht auf die Größe des Betriebes und die Art der Arbeit, der Unfallversicherung unterstellt werden.

Für die Invalidenversicherung läßt der Entwurf zeitgemäße Reformen und Erleichterungen des Rentenbezuges vermissen, vor allem die Angliederung der Pensionversicherung der Privatangestellten. Die vom Entwurf vorgeschlagene Lösung der Frage der Witwen- und Waisenversicherung hält der Verbandstag nicht den Anforderungen des vom Reichstage erledigten Gesetzes entsprechend; er fordert eine Versicherung aller Arbeiterwitwen, ohne Rücksicht auf das Maß der Erwerbsfähigkeit der letzteren.

Insgesondere protestiert der Verbandstag gegen die vom Entwurf geplante Befreiung der Arbeiterversicherung mit einem löstpflichtigen Beamtenapparat, der eine stete Gefahr für die ohnehin geringen Selbstverwaltungsrechte der Versicherten bedeutet.

Der Verbandstag fordert alle Berufsangehörigen auf, einmütig gegen diesen Entwurf Stellung zu nehmen. Nicht Entrechtung der Versicherten, sondern Sicherung der Selbstverwaltung, nicht Verschlechterungen der Leistungen, sondern Erweiterung derselben soll das Leitmotiv einer gesunden Reform sein.

Beim folgenden Punkt der Tagesordnung: Wahlen, wird zunächst über die Aufstellungsbedingungen der besoldeten Beamten des Verbandes beraten. Hiermit hat sich bereits eine Besondere Kommission beschäftigt und Vorschläge ausgearbeitet, die Grunewaldt dem Verbandstag unterbreitet. Es wird darin unter anderem eine Gehaltskala vorgeschlagen, die einige Erhöhungen der Gehälter vorsieht, wie sie schon durch die immer mehr zunehmende Teuerung notwendig geworden sind.

Unschlüssig der Lokalbeamten schlägt die Kommission vor: „Der Verbandstag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Orte, die Lokalbeamte haben, deren Gehalt auf 2000 M. erhöhen. Sollte die Erhöhung aus örtlichen Mitteln allein nicht auszubringen sein, so ist der Verbandstag damit einverstanden, daß den Orten aus Verbandsmitteln Zuschüsse gewährt werden.“

Im übrigen enthält der Kommissionsvorschlag Bestimmungen über Erhöhung von 14 Tagen Ferien im Jahre, Zahlung der Hälfte der Beiträge zur Unterstützungsbereitschaft und Fortzahlung des Gehalts bei Krankheit auf 18 Wochen unter Verzichtleistung auf sonstige Leistungen aus der Verbandskasse. — Die Kommissionsvorschläge werden nach reger Debatte schließlich mit starker Mehrheit angenommen samt der Resolution über die Befreiung der Lokalbeamten und den übrigen Bestimmungen für die Verbandsbeamten.

Die Wahlen zum Hauptvorstand haben folgendes Ergebnis: An Stelle des bisherigen Verbandsvorstehenden Besser, der eine andere Stellung übernimmt, wird der bisherige Hauptkassierer Spliedt gewählt, als Hauptkassierer Engel-Dresden; als Redakteur wird Becker, als Gauleiter werden Gash-Frankfurt a. M. und Klein-Düsseldorf wiedergewählt. Der Sitz des Hauptvorstandes bleibt Berlin, der des Ausschusses Hamburg. Der nächste Verbandstag soll in Köln stattfinden.

Es ist nun noch über allgemeine Anträge zu beraten, wobei nach einem am Anfang des Verbandstages gefachten Beschluß die Frage der Verschmelzung mit dem Holz- und Arbeiterverband an erster Stelle behandelt werden soll. Mit Rücksicht auf die vorgeklärte Zeit wird jedoch von einer Erörterung der Frage Abstand genommen. Eine Resolution, die den Haupt-

vorstand beauftragen sollte, die Verschmelzungsfrage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages zu setzen, und im übrigen verlangt, daß die Frage im Verbandsorgan eingehend behandelt werde, damit die Mitglieder ihre Konsequenzen daraus ziehen könnten, wird abgelehnt.

Von den übrigen Anträgen wird unter anderem ein Antrag Berlin angenommen, daß in Orten, wo Spezialkassen vorhanden sind, diese Sektionen bilden sollen, deren Vorstände halbjährlich Bericht an den Hauptvorstand zu senden haben. Ein weiterer Antrag Berlin, in nächster Zeit eine Konferenz der Arbeiter Deutschlands einzuberufen, sowie ein Antrag Köln, Erhebungen über die Lage der Arbeiter und der Linoleumleger zu veranstalten, werden dem Hauptvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Nach Erledigung einiger anderer Anträge sind die Arbeiten des Verbandstages gegen 7 Uhr beendet. Dem scheidenden Verbandsvorstand Besser wird für seine eifrige und fruchtbare Tätigkeit im Dienste des Verbandes der Dank des Verbandstages ausgesprochen.

Aus der Partei.

Im 6. sächsischen Reichstagswahlkreis

(Dresden Land) ist im letzten Vereinsjahre trotz der wirtschaftlichen Krise die Mitgliederzahl des sozialdemokratischen Wahlvereins von 10 400 auf 10 832 gestiegen. Das sind 32 Proz. der bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen. Weibliche Mitglieder zählt der Verein 1146 gegen 1114 im Vorjahre. Die Einnahmen beliefen sich auf 52 143,52 M., die Ausgaben auf 47 910,79 M. An Vereinsbeiträgen sind 46 838,53 M. eingegangen, an den Parteivorstand wurden 10 100 M. abgeführt.

In den Landgemeinden des Kreises hat die Partei 89 ansässige und 139 unansässige Gemeindevertreter. Von den 10 832 Mitgliedern sind 9167 gewerkschaftlich organisiert. Die übrigen Mitglieder sind Geschäftsführer, selbständige Gewerbetreibende und Ehefrauen. 8018 Mitglieder besitzen die sächsische Staatsangehörigkeit. Die Arbeiterpresse wird in 15 788 Exemplaren gehalten. Für Zwecke der Jugendbildung hat der Verein größere Summen verauslagt. Im vergangenen Jahre haben 78 öffentliche, 6 Kreis- und 181 Mitgliederversammlungen stattgefunden. — Die Geschäfte des Kreises werden durch einen Parteisekretär verwaltet.

Strafkonto der Partei.

Gegen Genossen, die in der modernen Arbeiterbewegung tätig sind, wurden von deutschen Gerichten an Strafen erkannt im Monat:

April 5 Monate, 2 Wochen, 6 Tage Gefängnis, 1314 M. Geldstrafe; Mai 1 Jahr, 3 Monate, 4 Wochen, 5 Tage Gefängnis, 3214 M. Geldstrafe; Juni 5 Wochen Gefängnis, 2040 M. Geldstrafe.

Vermischtes.

Zeppelin — rehet.

Friedrichshafen, 22. Juli. Bei dem heutigen Besuch der württembergischen Landesstände auf den Werken der Luftschiffbau-Zeppelin-Gesellschaft hielt Graf Zeppelin eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß das jetzige Luftschiff „J. II.“ einer Windgeschwindigkeit von 14 bis 15 Meter in der Sekunde Widerstand halte. Es fehle jetzt nur noch an der Ausbildung von Leuten zur Bedienung des Luftschiffes. Er möchte deshalb den Ständen ans Herz legen, eine Ausbildungsschule in Friedrichshafen zu schaffen. Wie England im Export von verschiedenen Maschinen einen Vorsprung habe, so müsse Deutschland die besten Luftschiffe für die Welt liefern.

Wien, 22. Juli. Die Nachricht, das Reichsluftschiff „J. I.“ beabsichtige demnächst eine Fahrt nach Trier, Straßburg und Köln zu unternehmen, bestätigt sich nicht. Größere Fahrten sind vorläufig nicht mehr statt, da die Gasfüllung dazu nicht mehr ausreichen würde. Ein Teil der Besatzung des „J. I.“ soll nach Friedrichshafen kommandiert werden, um an der Ueberführung des „J. II.“ nach Köln teilzunehmen.

Friedrichshafen, 22. Juli. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird mit den Probefahrten des „J. II.“ am 28. Juli begonnen, am 1. August wird sodann die Ueberführung des Luftschiffes nach Köln stattfinden. Am 28. August wird „J. III.“ seine Reise nach Berlin antreten, um sofort von dort wieder zurückzulehren.

Familien drama.

Offenbach, 22. Juli. Ein Familien drama ereignete sich gestern abend im Stadtteil Bürgel. Der Eisenträger Josef Wank, der schon früher in einer Irrenanstalt war, verwundete seine Frau durch Messerschneide schwer, sein kleiner Junge und die Schwiegermutter, die der Frau zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls durch Messerschneide verletzt.

Baumglück. In Dresden-Lößtau stürzte ein Dampfer ein. Drei Arbeiter wurden darunter begraben, von denen einer sehr schwere, die beiden anderen leichte Verletzungen erlitten. Das Gerüst soll nicht vorschriftsmäßig gebaut gewesen sein.

Automobilunglück. Ein von Travemünde kommendes Automobil fuhr in eine Truppenabteilung, die von einer Kaschierung zurückkam; es rief eine Anzahl Soldaten nieder und verletzte zwei, stürzte dann in den Straßengraben, wobei der Chauffeur herausgeschleudert wurde.

Abgestürzt.

Leibach, 22. Juli. Der Wiener Tourist, Lehrer Joz, ist von der Triglavwand abgestürzt und tot geblieben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Täglich: **Madame Bonivard.** Schwank in 3 Akten von Alexander Wilson und Antonio Mars. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Neues Kgl. Opera-Theater (Kroll). **Gura-Oper.** **Der fliegende Holländer** Von Rich. Wagner. — Anf. 8 Uhr. Sonnabend: Othello. (Anf. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.) Sonntag: Lohengrin. (Anf. 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.) Montag: Salome. (Anf. 8 Uhr.)

Berliner Theater. **Operetten-Gastspiel.** Täglich 8 Uhr: **Hotel Amor.**

Neues Theater. Abends 8 Uhr: **Sein Sündenregister** Sonntagabend und folgende Tage: **Sein Sündenregister.**

Im Kampf um die Luft. Gestern abend flog bei Brüssel das von der Firma Louis Dubard in Paris erbaute Luftschiff „Belgique“ auf. Nach $\frac{1}{2}$ stündiger Fahrt kehrte es zu der Halle in Voitsfort zurück, ein Gelände, das der Kommandant von Brüssel dem Erbauer des Luftschiffes zur Verfügung gestellt hat. Dieses neue belgische Luftschiff ist 60 Meter lang und mißt 10 Meter im Durchmesser.

Die Cholera in Petersburg.

Seit gestern sind 52 Neuerkrankungen und 81 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Die Gesamtzahl der Kranken beträgt 799.

Eine folgenschwere Explosion

fand gestern nacht, wie aus Petersburg berichtet wird, in der chemischen Fabrik Hentelow statt. Es explodierte ein Kessel mit Benzol. Das vierstöckige Fabrikgebäude wurde zerstört. Die Explosion war so heftig, daß Trümmer des Hauses 150 Faden weit geschleudert wurden. Bei der Brandkatastrophe wurden 81 Feuerwehrleute und Arbeiter sowie mehrere Personen aus dem Publikum verletzt. Ein Feuerwehrmann getötet. Auch der Brandmajor wurde verletzt. Das Feuer konnte erst gestern nachmittags um 4 Uhr gelöscht werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 43. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Kaiserwechsel. — Innere Kolonisation in der Provinz Hannover. Von E. Thomsen. — Die Arbeiterbewegung in Australien. Von einem deutschen Arbeiter in Melbourne. — Bürgerliche Wahrschau. Von J. Stern. — Kaiser und Kaiserin. Von R. Kasper (Berlin). — Der Kaiserfond. Von Richard Schreier (Rittau). — Der Kaiserfond. Von Bernhard Wünschmann, Arbeitersekretär (Vegetal). — Literarische Rundschau: Dr. Gottlieb Schnapper-Brand, Sozialist. Von M. N. Von einem deutschen Soldaten. Zur Psychologie des Militarismus. Dr. Albrecht Reigold, Rittmeister a. D. Militärische Rechtsanschauungen im zwanzigsten Jahrhundert. Von Hermann Benda. — Zeitschriftenchau. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Bestellungen stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten der Redaktion.

Die schriftliche Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiten Hof, dreimal wöchentlich, am 2. 4. und 6. Sonntag des Monats, wöchentlich abends von 7 $\frac{1}{2}$ bis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr statt. Gestrichen 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstab und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Stille Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

R. R. 16. — Steuer 1000. — Zigarre Treptow. — R. S. und viele andere: Die Ausführungsbestimmungen zu den in aller Schnelligkeit unter Dach gebrachten Steuererlassen sind noch nicht heraus, besonders der Robus der Nachversicherung und -verzahlung ist noch nicht geregelt. In der nächsten Woche werden diese Dinge von den vereinigten Bundesrats-Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen, Handel usw. etappenweise beraten und erledigt werden. Erst dann wird die Bekanntgabe der Ausführungsbestimmungen erfolgen.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag. Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft san, Preise für Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr nicht genügend, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft etwas reger, Preise lebhaft. Milch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhaft, Preise im allgemeinen betriebliegend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Blumenkohl und Karotten sehr schwer veräußert, Preise mehrfach niedriger.

Witterungsbericht vom 22. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad C.
Eutinemb.	754	SSW	3	bedeckt	17	Daprunba	747	R	2	bedeckt	11
Domburg	755	SSW	4	bedeckt	15	Petersburg	748	SSW	2	bedeckt	13
Berlin	756	SSW	2	bedeckt	18	Schlitz	761	SSW	3	wolkig	14
Frankfurt a. M.	759	SSW	5	wolkig	18	Worms	750	SSW	1	bedeckt	14
Rahden	762	SSW	5	heiter	18	Paris	761	S	2	halb bed.	17
Wien	761	SSW	1	wolkig	17						

Wetterprognose für Freitag, den 23. Juli 1909. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Bundesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 7.	am 20. 7.	Wasserstand	am 21. 7.	am 20. 7.
Remel, Mühl.	282	-2	Saale, Großh.	78	-10
Regel, Jüterburg	-11	-4	Saale, Spandau	44	-2
Weichsel, Thorn	222	+28	Rathenow	20	-3
Oder, Rathen	238	-16	Spree, Spremberg	86	0
Kroffen	269	+9	Beestow	88	+2
Frankfurt	250	-7	Beser, Müden	-80	-13
Wartze, Schrum	113	+1	Winden	-13	+5
Landsberg	42	0	Rhein, Mühlenthor	590	-29
Rehe, Borsdamm	-24	-3	Kraus	387	-25
Elbe, Zeitzenitz	90	-18	Köln	421	-23
Dresden	1	-21	Redar, Heilbronn	85	-13
Harde	295	-23	Rain, Wertheim	167	+3
Magdeburg	250	-20	Weser, Trier	128	-23

+) + bedeutet Anst. — Fall. — *) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. Juli. Anfang 8 Uhr. Neues königliches Operntheater. Der sitzende Hölzler. Deutsches. Kellen. Kammerstücke. Mimi. Festung. Die Dollarprinzessin. Berliner. Hotel Amor. Neues Schauspielhaus. Moral. Schiller O. (Wallner-Theater.) Madame Bonivard. Schiller Charlottenburg. Der Biberpelz. Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Das Nachtlager von Granada. Komische Oper. O diese Reutnants. Rens. Seit Lindenwegster. Thalia. Im Galé Nolette. Lustspielhaus. Familie Schmek. Neues Operetten. Die Sprudelsee. Kolloid Caprice. Drei Frauenhüte. Der Defektor usw. Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Metropol. Die oberen Zehntausend. Bernhard Hofe. Was eine Frau kann.

Berliner Vrate. Man ist ja nur einmal. W. Noack Theater. Der Schuster als Millionär. Apollo. Dasteln. Er oder Er. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Wafage. Spezialitäten. Walfalla. Spezialitäten. Stadt-Theater Moabit. Spezialitäten. Volksgarten. Spezialitäten. Brunnen. Die Spreewald-Räthe. Spezialitäten. Reichshallen. Winter-Thylian. Urania. Taubensstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Sternwarte. Invalidenstr. 67/69.

Lessing-Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr. Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Freitag, den 23. Juli, abends 8 Uhr: Das Nachtlager von Granada. Rom. Oper in 3 Akten von E. Kreutzer. (Kleine Presse). Sonnab.: Waffenschmied. Neu einstud.

Schiller-Theater Charlottenburg. Täglich: **Der Biberpelz.** Eine Uebestimmte in 4 Akten von Gerhard Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Passage-Theater. Lebend! Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!** Aga, die schwebende Jungfrau. Ganz Berlin zerbricht sich den Kopf über **Aga.** Alles ohne Extra-Entree.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr: **Die Sprudelsee.** Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt.

Passage-Theater. Die neue **Künstlerbar.** Eine Schenkwirtschaft Berlin. Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dr. Rich. Schults. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: **Familie Schmek.**

Apollo Theater. Letzter Monat. 9.50 Zum 93. Male: 9.50 **Hartstein** in Er oder Er. Vorher: **Jean Paul.** Die 9 Yankee Doodle Girls. **Die lustigen Zecher.** 10.30 Schließung in Hamburg. Ab 8 Uhr: Das unübertr. Progr.

Nur noch einige Tage!
Zirkus Charles

Maybach-Ufer
an der Thielen-Brücke,
Ecke Pflüger- und Pannierstr.
Straßenbahnlinien 94, 46 u. 22.
Tel. Rixdorf 1418.
Allabendlich 8 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung,
mit gänzl. neuem Programm.
Neu! D. Elefant als Kunstradfahrer.
Neu! Das Elefantentbaby.
Jede einzelne Nummer eine
Attraktion u. Schlager.
Täglich abds. 10 U. 20 Min.:
Auftreten der weltberühmten
Löwen-Dompteuse
Miss Charles
mit ihren 84/3°
14 wilden Löwen 14
einzig dastehend, ohne Konk.
Preise der Plätze wie gewöhnl.
Jeder Erwachsene hat d. Recht,
ein Kind unter 12 Jahren
frei einzuführen.

WINTERGARTEN

„Sa Pia“
in ihrer Novität:
„Der Wellen Geist“
sowie die
allabendlich
stürmisch applaudierten
Juli-Attraktionen.
Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 131.
Was eine Frau kann.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Auf der Gartenbühne Anfang 4 1/2 Uhr.
U. a.: Rau eis! dau! Gr. Pantomime.
Erstklassige Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Heute:
Gastspiel
Winter-Tymian
mit seiner berühmten
Herzengeseilschaft.
Anf. wochent. 8 Uhr
Sonntags 7 Uhr.
Sonntag, den 1. August:
Wiederbeginn der Sirenen
der Stettiner Sänger.

Elysium
Rondöberger Allee 10/11, Ecke
Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prächtigen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Schweizer - Garten
Am Königsdor. Am Friedrichshain
Täglich Anfang 4 resp. 5 Uhr
Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Fallprog.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Abds. 7 Uhr: **Unser Goldjunge** (Volksst.)
10 Uhr: **Unser Goldjunge** (Volksst.)
Jed. Wochentag: **Kinderfreudenfest**.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Sonntags 8 Uhr. Sonnt. 6. u. 7. Uhr.
Gartenöffnung 3 Uhr.
Jeden Montag Glittag, Spezialitäten und Soliree der „Lustigen Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Hr. Leitung: Walter Gravenitz.
Jeden Donnerstag: **Elite**
Abend und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 14-18
Kastanien-Allee 97/98
Goldene Jugend.
Kunstausstellung-Operette in 3 Akten
von Walter Gerde.
Sowie
12 erstklassige Spezialitäten.
Gustav Müller.
Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.
Wo die Liebe hinfällt.
Edwanz in Gelang d. S. Gontard.
Meißner, Kuscha Demby, Filippo,
La belle Therosse, Stüha u. Schnell.
Anf. wochent. 8, Sonntags 5 Uhr.

Brunnen-Theater
Babstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
× **Erstklassige Spezialitäten!** ×
Novität! **Novität!**
Eine tolle Nacht.
Gr. Ausstattung-Belustigung
mit Gesang und Tanz in 5 Bildern
von Freund und Mannhadt.
Kaffeeöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.
Kreuzberg-Festsäle und
Garten. O. Ernst,
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hofmanns Nord-
deutsche Sänger.
Paffen u. Vorgangst. gütig.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstell.
Entree frei.
Verst. d. Sonnt. an Vereine zu verg.

Verband der hängewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.

Achtung! Fahrstuhlarbeiter!
Sonntag, den 25. Juli, mittags 12 Uhr:
Öffentliche Versammlung
für sämtliche an Fahrstühlen beschäftigten Kollegen
in Anton Boekers Festsälen, Weberstr. 17.
Tages-Ordnung:
1. Die Mißstände in unserem Beruf und wie sind dieselben zu beseitigen? 2. Diskussion.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Fahrstuhlarbeiters, in dieser
Versammlung zu erscheinen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis
Sonntag, den 24. Juli 1909:
Großes Sommer-Fest
in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide.
Konzert □ Spezialitäten-Vorstellungen □ Marionetten-Theater □ Fackelpolonäse
Reigenfahrten, ausgeführt vom Berl. Arbeiter-Radfahrerverein (M. d. A.-R.-B. S.)
□ □ **GROSSER BALL** □ □ □
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billett 25 Pf. — Eröffnung 3 Uhr. — Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Programm an der Kasse gratis.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 3 Uhr an zur Verfügung.
Jedes Kind erhält am Eingang einen Bon zur Stocklaterne gratis.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein [213/16*] **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Sonntag, den 25. Juli 1909:
Großes Sommerfest
im Schloß Weißensee.
Fahrverbindungen mit der Stadtbahn (Nordring) u. den Straßenbahnlinien 59, 60, 61 u. 62.
Mitwirkende: 20 Arbeiter-Gesangvereine × Freie Turner × Arbeiter-Athletenverein × Humoristische u. satirische Ensembles.
Konzert * Gesang * Vorträge * Feuerwerk
Im Saale: **Tanz.** Daran teilnehmende Herren zahlen 50 Pf. nach.
Jedes Kind erhält 2 Bons: einer ist gegen eine Stocklaterne umzutauschen, der zweite gilt zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Tische u. Stühle dürfen nicht reserviert werden.
Billette im Vorverkauf 20 Pf., an der Kasse 25 Pf. **Anfang mittags 12 Uhr.**

Wahalla Variete-Theater
Weinbergswag 19-20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: **Freikonzert.**
Vor der spanischen Arena.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entree 15 Pf. Rüge od. Schärpe grat.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16.
Der Schneider als Millionär
oder: Das große Los.
Vorher und nachher: Spezialitäten!
Anf. 7 Uhr. Entree: 20 Pf.
Sonabend: Große Extravorstellung.
Schuldlos! Sittensbild in 3 Akten.

Neue Welt
Hasenheide 109/114.
Täglich:
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Jeden Mittwoch: **Erntefest.**
Gr. Gratisverlosung.
Jeden Donnerstag: **Elittag.**
Monstre-Feuerwerk.
Heute, sowie täglich:
Separat-Vorführung d. epochalen
Erfindung d. Hrn. Schaumann:
Kugelsichere Panzer,
welche selbst den mod. Infant-
Spitz-Geschossen widerstehen.

Verband der hängewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands
Bezirk Westen und Schöneberg
Sonntag, den 25. Juli 1909:
13. Stiftungs-Fest
in den gesamten Räumen der
Neuen Rathaus-Säle, Meiningstr. 8 (Inh.: C. Gresser).
Großes Garten-Konzert, humoristische Vorträge,
Reigenfahrten vom Arb.-Radfahrerverein Schöneberg
(M. d. A.-R.-B. „Solidarität“), Sonstige Ueberraschungen
Bei eintretender Dunkelheit: **Großer Kinder-Fackelzug**
Im großen Saale: **BALL.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf.
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet.
Eröffnung 3 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder unter 14 Jahren frei, dieselben erhalten einen Bon zur Stocklaterne gratis! 29/18
Sämtliche Kollegen, Freunde und Gönner ladet freundlichst ein **Das Festkomitee.**

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Raubtierschule
d. Welt, Spezialität, Konzert, Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Sonja Suwaroff × Mita Rosall.
The Odoros. × Hubele-Trio.
Der Grandisier von Berlin.
Volksst. m. Ges. u. Tanz v. Reiffinger.
Donnerstag, 19. Aug.: **Gr. Gartensfest**

Ringfrei! Konkurrenzlos Ringfrei!
ist Pipke's prima
Tafel-Weißbier
vom Jah. 1909.
Nach allem, langjährig erprobtem Brauerfahren hergestellt, von ganz vorzüglicher Haltbarkeit im Ausschank, sowie Pipke's prima Tafel-Weißbier.
Malz- und Weißbierbrauerei „Stern“ Louis Pipke.
Berlin N. 20, Prinzen-Allee 77.
Ringfrei! Ringfrei!

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Achtung! Herrenkonfektion. Achtung!
Am Sonntag, den 24. Juli 1909, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schulz, Plötzstraße 17 (Eingang am Königsgraben) unsere regelmäßige
Branchen-Versammlung
statt. Tages-Ordnung: 163/2
1. Welche Erfolge bietet und die Organisation? Referent: Genosse Patloch. 2. Diskussion und Beschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um pünktliches und vollständiges Erscheinen ersucht. **Die Kommission.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftensaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Stellmacher.
Sonntag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr:
Gr. öffentliche Versammlung
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12.
Sämtliche Kollegen müssen erscheinen. **Die Branchenkommission.**

Kammacher.
Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 8.
Möbelpolierer.
Bezirk Südosten, Süden und Südwesten.
Montag, den 26. Juli, gleich nach Feierabend:
Branchen-Versammlung
im „Wärtischen Hof“, Abnitalstr. 18 a.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.
Sonntag, den 25. Juli 1909, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung:
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Daeger über: „Die Urgeschichte der Kultur.“
2. Diskussion.
3. Verhandlungsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.
Wegen der Wichtigkeit des Vortrages ersuchen wir um recht zahlreiches Beis. **Die Ortsverwaltung.**

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Arbeiter-Bekleidung — Berufsbekleidung.
Größtes Spezialgeschäft.
Kohnen & Jöring, Hauptgeschäft: Alexandersstr. 12.
Filialen: Landsberger Allee 148.
Neu eröffnet! am Rixdorf: Bergstraße 66 Ringbahnhof.

Partei-Angelegenheiten.

Mahlsdorf (Ostbahn). Am Sonntag, den 25. Juli, nachmittags von 3 Uhr ab hält der Sozialdemokratische Wahlverein sein diesjähriges Sommerfest im Lokale des Herrn Linke, Grunowstraße ab.

Bernau. Morgen Sonnabend, 8 1/2 Uhr, findet bei Kunze, Bürgermeisterstraße, die Bezirksversammlung des Wahlvereins statt.

Der für Sonntag, den 25. d. M., geplante Waldausflug der Gewerkschaften, findet besonderer Umstände halber erst am Sonntag, den 1. August statt.

Britz-Buckow. Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus Handzetteldruckerei. Beteiligung aller Genossen wird erwartet.

Stralau. Das Sommerfest des Wahlvereins findet am Sonntag, den 25. d. M., in der „Alten Taverne“, Alt-Stralau 25, statt. Es wird mit der Kraftturnverein „Süd-Ost“ (Mitglied des Arbeiter-Athletenbundes) mit seinen Spezialitäten, die Gesangsvereine „Frosinn“ und „Vorwärts VI“ (M. d. A.-S.-V.); außerdem Reigenfahrten, Volksbelustigungen aller Art.

Hallen-Hagen-Seegefeld. Der sozialdemokratische Wahlverein hält am Sonntag, 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, seine Generalversammlung ab, und zwar in der Kolonie Neu-Seegefeld, Eidenstr. 6. Auf der Tagesordnung stehen: Das neue Organisationsstatut, Berichte der Funktionäre, Wahl eines Bezirksführers und die bevorstehende Kreis-Generalversammlung in Rauen. Nach der Versammlung gemütlicher Familienpaziergang nach Finkenleug.

Der Vorstand des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften.

Nach dem Reichsgesetz vom 10. Mai 1892 erhalten Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften aus öffentlichen Mitteln Unterstützungen.

Der Anspruch auf Unterstützung ist bei der Gemeindebehörde desjenigen Ortes anzubringen, an welchem der Unterstützungsberichtigte zur Zeit des Beginnes des Unterstützungsanspruches seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, und erlischt, wenn solches nicht binnen vier Wochen nach Beendigung der Uebung geschieht.

Die täglichen Unterstützungen sollen betragen:

- a) für die Ehefrau 30 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsorte des Einberufenen;
b) für jede der sonst unterstützungsberechtigten Personen (Kinder) 10 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes für erwachsene männliche Arbeiter am Aufenthaltsorte des Einberufenen mit der Maßgabe, daß der Gesamtbetrag der Unterstützung sechzig Prozent des Betrages des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigt. Für Berlin beträgt der ortsübliche Tagelohn 2,90 M.

Der Anspruch auf Unterstützung ist von dem Einberufenen oder von derjenigen Person (Ehefrau), welcher in seiner Abwesenheit die Fürsorge für die Familie obliegt, anzumelden.

Die Zahlung erfolgt nach den Ausführungsvorschriften des Bundesrats vom 2. Juni 1892

- a) vom Tage des Abganges des Einberufenen zur Uebung für die Zeit bis zu Schluß des laufenden Halbmonats,
b) für jeden folgenden in die Uebungszeit fallenden Halbmonat vom ersten Tage desselben im Voraus und
c) vom ersten Tage des letzten Halbmonats für die Zeit bis zur Beendigung der Uebung, einschließlic der bestimmungsmäßigen Tage für den Rückmarsch.

Wird die Unterstützung erst nach Beginn der Uebung beantragt, so ist für die abgelaufene Zeit die zuständige Summe zu ihrem vollen Betrage auf einmal zu zahlen.

Die Unterstützung wird gezahlt für die Dauer der Abwesenheit einschließlic der Wochentage.

In Berlin ist die zuständige Stelle, an die sich Interessenten zu wenden haben, das Militär-Bureau des Magistrats, Klosterstraße 41. Ehefrauen von zur Uebung Einberufenen wollen bei ihrer Meldung um Unterstützung Heirats- und Geburtschein sowie die Geburtscheine der Kinder mitnehmen.

In der Säuglingsfürsorgestelle I, Blumenstraße 78, findet im August Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Uebungen wöchentlich einmal statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, vorn links, part., vom Montag, den 26. Juli bis zum Sonnabend, den 31. Juli, von 2 bis 4 Uhr.

Der Kampf um die westlichen Schnellbahnen.

Der Schnellbahnstreit zwischen Schöneberg und Charlottenburg wird den Provinzialrat zu Potsdam schon im Laufe des August beschäftigen, da diese Beschlußbehörde keine Ferien macht. Inzwischen wird der Bezirksausschuß in einem besonderen Verfahren über die nach § 6 des Kleinbahngesetzes an die Unternehmerin (Stadt Charlottenburg) zu stellenden Ansprüche entscheiden. Diese Ansprüche betreffen die Verpflichtung der Unternehmerin zur Unterhaltung und Wiederherstellung des benutzten Wegeteils und das Entgelt für die Benutzung des Weges. Auch gegen den in diesem besonderen Verfahren gefassten Beschluß des Bezirksausschusses ist der Weg der Beschwerde an den Provinzialrat zulässig.

Der Fallplan, welcher bekanntlich im Zuge der Gleisstraße an der westlichen Grenze des Exerzierplatzes zur „Einsamen Gasse“ in Form einer größeren, mehrere Meter über dem Straßenniveau gelegenen Schuttdammanlage eingerichtet wird, scheint zu seiner Fertigstellung noch mehr Zeit zu erfordern, als ebemals der Brunnenplan in der Kanltroße vor dem Amtsgericht. Drei Jahre „murch“ man nun hier herum und hat glücklicherweise eine Hälfte des zur Schuttdammanlage bestimmten Geländes mit Strauchwerk und jungen Bäumen besetzt. Auf der anderen Hälfte wird seit vorigem Jahre das Erdreich umgewälzt, ohne daß man

erhebliche Fortschritte bemerkt. Die Anwohner, welche jetzt zu ihrer Erholung auf den fragwürdigen Exerzierplatz angewiesen sind, hoffen in diesem Jahre bestimmt auf die Freigabe wenigstens der an der Schmeider Straße belegenen Hälfte, zu der auch schon geneigte Treppenanfänge hinaufführen. Aber es war wieder nichts. Man arbeitet hier mit einer Langsamkeit und Schwerfälligkeit, die unserer Parlamentsdeputation nicht gerade zum Ruhme gereicht. Hoffentlich werden die Arbeiten endlich so beschleunigt, daß im nächsten Frühjahr bestimmt die Freigabe der einen Plathälfte erfolgen kann. Will man etwa warten, bis das Ganze fertig ist, dann dauert es noch drei Jahre.

Die Reichsdruckerei beabsichtigt dem Vernehmen nach Rotationsmaschinen anzuschaffen, auf welchen der Druck der Briefmarken auf langen Papierstreifen erfolgen soll, so daß die entstehenden Markenstreifen aufgerollt werden können. Diese Neuerung entspricht einem durch die mehr in Aufnahme kommenden Briefmarkenautomaten entstandenen Bedürfnis; bei diesen werden die Marken bekanntlich nach Einwurf des Geldstückes im Apparat von der Rolle abgewickelt und abgetrennt. Bisher mußten diese Rollen aus Zehnerstreifen mühsam zusammengesetzt werden. Da die Zahl der im Privatbesitz befindlichen und in öffentlichen Lokalen, Hotels usw. aufgestellten Automaten ständig zunimmt, so hat die Postverwaltung schon jetzt angeordnet, daß in allen Bezirken, wo nach Mitteilung der D. Abel-Gesellschaft solche Privatautomaten aufgestellt sind, Briefmarkenrollen zu je 500 Stück an den Schaltern des zuständigen Postamtes dem Publikum zum Verkauf gestellt werden.

Steuerspekulanten. Die Mehrzahl der Berliner Streichholzfabriken teilt auf gedruckten Karten ihren Auftraggebern mit, daß Aufträge bis auf weiteres nicht mehr entgegengenommen werden können. Die sämtlichen Fabriken haben schon seit Ende voriger resp. Anfang dieser Woche ihre Lagerbestände geräumt und die Verkaufslöcher geschlossen. Käufer der Bündel sind vielfach Spekulanten, die jetzt die steuerfrei erworbenen Waren zu erhöhten Preisen in den Handel bringen. So werden hundert Pakete Streichhölzer seitens der Großisten mit einem Aufschlag von 7 bis 8 M. verkauft. Kleinere Geschäftsleute, die sich zu spät bei den Fabrikanten gemeldet hatten, sind nicht mehr in der Lage, ihren Kundenkreis zu befriedigen. Technisch stark ist gegenwärtig der Handel in der Beleuchtungslocherfabrikation. Hier sind die Käufer allerdings zumeist Privatleute, da bei dem verhältnismäßig kleineren Steuerausschlag den Spekulanten keine Gelegenheit zu einem lohnenden Verdienst geboten wird. Dagegen ist die Nachfrage der Geschäftsleute nach Glühkörpern eine außerordentlich rege und manche Geschäftsleute suchen ihren Privatbedarf auf Jahre hinaus mit steuerfreier Ware zu decken. — Sehr stark ist gegenwärtig auch der Umsatz in der Zigaretten- und Zigarettenbranche. Auch hier sind die Fabriken derartig mit Aufträgen überhäuft, daß sie teilweise nicht mehr in der Lage sind, neue Bestellungen entgegenzunehmen. Auch hier ist der Vorratskäufer ausschließlich das Publikum, welches sich durch Ankauf größerer Posten Zigaretten und Zigaretten für längere Zeit hinaus vor der Preissteigerung schützen will. Auch im Kaffeehandel macht sich das neue Steuer-gesetz bemerkbar, während der Teehandel nur ganz unwesentlich durch die bevorstehende Verteuerung beeinflusst wird.

Zwei ausländische Ballons bei Berlin gelandet.

Zwei Ballons, die am Mittwoch bei der Ballonweiffahrt des Belgischen Aeroklubs zur Feier des belgischen Nationaltages im Drüseler Jubelpark aufstiegen, sind gestern vormittag in der Umgegend der Reichshauptstadt glücklich gelandet. Während der französische Ballon „Emulation du Nord“ im Grunewald landen konnte, wurde der belgische Ballon „Ville de Bruxelles“ vom Gewittersturm erfasst und nach dem Norden abgetrieben, wo er später bei Buch landete. Ueber die Landungen der Ballons wird berichtet:

Der französische Ballon „Emulation du Nord“ und der belgische Ballon „Ville de Bruxelles“, die zusammen in Brüssel um 8 1/2 Uhr abends aufstiegen, fuhren während der Nacht über Düsseldorf fast Nord an Nord nach Osten, so daß sich die Insassen unterhalten konnten. Die gemeinsame Fahrt ging bis kurz vor Berlin. Um 9 Uhr vormittags empfanden die Führer des französischen Ballons über dem Grunewald eine günstige Landungsstelle. In der Nähe des Bahnhofes Grunewald, in einer Schöpfung am Großen Stern gingen die Luftschiffer nieder. Die Landung ging glatt und ohne Beschädigung des Ballons vonstatten. Der Ballon wurde sofort zusammengepackt und zur Bahn befördert. Die Führer des Ballons, van Eslande und Charles Crombez, begaben sich nach Berlin und werden noch heute die Rückreise nach Brüssel antreten.

Nicht so ganz glatt ging die Weiterfahrt und Landung des belgischen Ballons vor sich. Er war in eine höhere Wollenschicht gestiegen und wurde von dem heftigen Südwestwind nach Nordosten abgetrieben. Der Ballon „Ville de Bruxelles“, in dem sich drei Herren befanden, fuhr über Charlottenburg, Reinickendorf, Pantow und Blankenburg nach Buch, wo ihn ein heftiger Gewittersturm erfasste. Der Ballon war gezwungen, sofort zu landen und ging um 10 Uhr vormittags links von der Bahn auf dem Ferienlocher der Berliner Gemeindeführer nieder, so daß die Ferienkolonisten, die sich dort beim Spiel vergnügten, zu ihrer Ueberraschung Zeugen des interessantesten Schauspiel einer Ballonlandung waren. Die Landung des Ballons, dessen Hülle eine silbergraue Farbe hat, ging glatt vonstatten. Der Führer, der in Belgien bekannte Luftschiffer Geerts, unternahm mit den beiden anderen Insassen die Verpackung des Ballons und gab auf dem Postamte in Buch sofort telegraphische Nachricht über die glückliche Landung des Ballons an den Aeroklub. Die Luftschiffer fuhren am Nachmittag nach Berlin und traten am Abend die Rückfahrt nach Brüssel an. Der Ballon wird von Buch nach Brüssel befördert.

Ein Kautionschwindler hat durch Aufgabe gefälschter Inzerate zahlreiche Opfer gesucht und gefunden. Durch Annoncen in hiesigen Tageszeitungen suchte er für bekannte Etablissements Personal, das sich unter eine bestimmte Adresse zu melden hat. Bei den Bewerbern erscheint dann ein 27 bis 30 Jahre alter gut gekleideter Mann, der sich als Geschäftsführer usw. des betreffenden Etablissements ausgibt und auch mit den Bewerbern einen Vertrag abschließt. Der Geschäftsführer läßt sich zur Sicherheit sofort eine Kautions, sei es in barem Gelde, sei es durch Sparfassenbuch, geben und hat so in einzelnen Fällen 100 bis 150 Mark erbeutet. So hat er zuletzt für das bekannte Weinhaus „Raiser Keller“ durch gefälschte Inzerate Garderobieren engagiert. Der Schwindler ist etwa 1,80 Meter groß, schlank, blond, hat einen blonden Schnurrbart, schmales, verlebtes Gesicht, blaugraue Augen und schmale, lange Hände. Er trägt gewöhnlich hellen Sommerüberzieher mit dunklem Samtkragen, hellen Jodettanzug und schwarze Schnürschuhe.

Zur Rennbahnkatastrophe im Botanischen Garten. Die von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Leichen der sechs Opfer der Rennbahnkatastrophe im Sportpark Botanischer Garten sind zur Beerdigung freigegeben worden. Die Leiche des Arbeiters Franz Gussow wurde bereits gestern vormittag aus dem Elisabeth-Krankenhaus abgeholt und nach der Halle des Westemann-Kirchhofes geschafft, wo voraussichtlich am Sonnabendnachmittag 3 Uhr die Beisetzung erfolgt. Die Leiche des Handlungsgehilfen Friedrich Schride wird nach Riez, dem Geburtsort des Verstorbenen, über-

geführt und dort beerdigt werden. Ueber die Beisetzungstermine der übrigen vier Opfer sind endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen. — Die Wehrzahl der im Elisabeth-Krankenhaus untergebrachten Verunglückten betrug sich auf dem Wege der Befreiung. Nur dem Kaufmann Willy Martin aus der Seimwehstraße 6, bei dem eine Schädelöffnung vorgenommen werden mußte, dem Diener Schmidt und dem Fräulein Clara Wegener geht es andauernd schlecht. Der Monteur Kurt Nätzsch aus der Potsdamer Straße 54 konnte gestern abend aus dem Rudolf-Bräun-Krankenhaus wieder entlassen werden. Er hatte nur nur einen plötzlichen Erregungsanfall erlitten und erholte sich unter den Händen der Ärzte bald wieder. Das Befinden des Expedienten Karl Blau-mann aus der Müllerstraße 7a und des Arbeiters Karl Venzel-berg aus der Hofsteinschen Straße 15 gibt augenblicklich zu ernststen Besorgnissen keinen Anlaß. Neue Verletzte haben sich nicht mehr gemeldet.

Die polizeilichen Vernehmungen, die sich auf alle Beteiligten Kennfahrer und Schriftmacher sowie auf die Kennleitung erstreckten, sind jetzt abgeschlossen. Sie haben nichts Belastendes gegen einen der Beteiligten ergeben. Es ist jetzt sicher, daß niemand die Katastrophe verschuldet hat, sondern, daß sie durch mehrere unglückliche Zufälle herbeigeführt worden ist.

Bei einer Ruderpartie ertranken gestern nachmittag der Restaurateur und Villenbesitzer Ferdinand Lamprecht aus Wannsee, 2, der im 84. Lebensjahre stand, hatte mit einem Kollegen auf seinem Boote eine Fahrt auf der Havel unternommen. Als das Boot auf der Heimfahrt die Einbuchtung vor dem Wannsee passierte, kam es infolge des Wellenganges eines vorüberkommenden Dampfers zum Kentern und die beiden Insassen stürzten in die Fluten. Während es dem Freunde des L. gelang, sich so lange über Wasser zu halten, bis er durch andere Ruderer gerettet werden konnte, verschwand L. in der Tiefe und ertrank.

Ein weiterer Bootsunfall, wobei vier Personen in der größten Lebensgefahr schwebten, hat sich gestern gegen Abend auf der Oberspreewäldchen ereignet. Ein mit zwei Herren und zwei Damen besetztes Ruderboot kam zwischen Ober-Schönebeide und Köpenick beim Wechseln der Plätze während der Fahrt zum Kentern. Es schlug vollständig um und die vier Personen verschwanden in den Fluten. Zum Glück war ein Motorboot in der Nähe, dessen Besatzungsmannschaften es gelang, die Gefährdeten im Augenblick der höchsten Gefahr an Bord zu schaffen.

„Im Bade“. Einen gewaltigen Menschenauflauf verursachte gestern nachmittag ein angetrunkenes Arbeiter, der auf dem Alexanderplatz in das Wasser des Springbrunnens geklettert war und dort ungeachtet, der auf ihn niederprasselnden Wassermassen lustwandelte. Das seltsame Schauspiel wurde dadurch noch ergötzlicher, daß der sonderbare Wadegast an die herbeieilenden Schaulustige allfällige Ansprachen richtete, die beim Publikum ungeheuerer Heiterkeit auslösten. Erst als der im knietiefen Wasser herumspazierende „Privatier“ dem Rande des Springbrunnens einmal zu nahe kam, gelang es den Wächtern der öffentlichen Ordnung, ihn an Fragen zu packen und unter dem Hohn der Menge dem seuchten Nah zu entreißen. Er wurde dem nahen Polizeipräsidium zugeführt und dürfte ein Strafmandat wegen groben Unfugs zu gewärtigen haben.

Die Kindesleiche im Teltowkanal. Auf einen Kindesmord deutet ein Leichenfund, der im Teltowkanal gemacht wurde. In der Nähe von Trepow wurde der Leichnam eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts entdet und gelandet. Der tote Körper war in eine weiß, schwarz und blau karierte Schürze eingewickelt. Durch die gerichtliche Obduktion dürfte festgestellt werden, ob das Kind einen gewalttätigen Tod gefunden hat oder nicht.

„Die Insel Rügen“ lautet der neue Vortrag, der am Mittwochabend zum ersten Male im wissenschaftlichen Theater der Urania, durch zahlreiche farbige Lichtbilder veranschaulicht, gehalten wurde. Der Vortragende des Abends, Herr Oskar Wagner, führt uns im Geiste nach jenen Stätten, die für den Archäologen und Geologen schon immer von großem Interesse gewesen sind, wo auch der Naturfreund auf seine volle Kosten kommt. Zunächst sehen wir auf unserer Wanderung Straßund mit seinem Rathaus und eine vielhundertjährige Geschichte wird hier lebendig. Dann gelangen wir nach Altesfähr, nach Hiddensee, besuchen die Fischerdorfer Witt, Reuenhagen und Röggenburg. Dem Vortragenden folgen wir denn nach Arkona, wo ebemals die Wendens ihren Sitz hatten, und gelangen nach Darlegung der Küstenformation Rügens nach Stubbenkammer und Sahnitz. Die großen Kreidefelsen veranlassen den Redner, uns deren Entstehung vor Augen zu führen, auch uns zu zeigen, wie die Rostreide verarbeitet wird. Wir werden in die prähistorische Zeit zurückgeführt, in der man die Metalle nicht kannte und der Feuerstein das Arbeitsmaterial zu Werkzeugen aller Art bildete. Bei Fortsetzung unserer Wanderung besuchen wir Banz, die Granit, Pulbus, Lauterbach, Sellin, Gähren, wobei wir einen kleinen Einblick in das Leben des armen, bedürfnislosen Fischerbäckers erhalten. Die Reise schließt ab mit einem Besuche der reizenden Buchenwälder der Stubnitz. Herrliche Vegetationsbilder sind es, die uns da zu Gesicht kommen und in manchem Zuhörer den Wunsch wecken, alles das, was im Wilde hier und vorgeführt wird, in Natur zu sehen.

Die Koffstraße von der Schornsteinweggasse bis zur Vertrautensstraße wird behufs Asphaltierung vom 26. d. Mts. ab bis auf weiteres für den durchgehenden Verkehr ganz und für den örtlichen Verkehr selbst zur Hälfte gesperrt.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater eröffnet am Sonnabend, den 31. d. Mts. nach einer dreimonatlichen Pause seine 18. Spielaison. Als Novität gelangt die Komödie „Frau Ellens Feiseur“ von Anton und Robert Herrnsfeld zur Erstaufführung.

Feuerwehrbericht. Der zwölfte Löschzug wurde gestern nach der Wilowstraße 56 gerufen, wo Spiritus in einer Distillation in Brand geraten war. Es gelang, den gefährlichen Brand mit einer Schlauchleitung auf seinen Herd zu beschränken. Durch Entflammung von Zelluloid kam in der Voigtstraße 33 Feuer aus, das auf einen Raum beschränkt blieb. Brennholz brannte in einem Keller Wilhelmstraße 27 und Teer auf dem Dache in der Müllerstraße 181. In der Adlerstraße 83 brannten Kohlen. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße 126 und Niederwallstraße 13 alarmiert, um Pferde aus Stallungen zu befreien. In der Elberfelder Straße wurde von der Feuerwehr ein Wienen-schwarm eingefangen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Zum gestrigen Wahlvereins-Versammlungsbericht fügt uns Genosse Külle um Veröffentlichung dieser Zeilen: Nach der Aufstellung in Nr. 6 des „Mitteilungsblattes“ sind auch dem Vorwärtsbetriebe an Mitarbeiterbeiträgen abgeliefert worden: „Vorwärtsbuchdruckerei“ 60; „Zeitungsabteilung Vorwärts“ 60; „Verkaufabteilung (Wahlzettel)“ 19; „Buchbinderei“ 44 = 192. Hierzu kommen laut Angabe im „Mitteilungsblatt“ Nr. 7: „Vorwärtsdruckerei“ 20 Hilfsarbeiter (Abteil. Rotationsmaschinenfabrik); „Diverse“ 1 = 20. Unter Hinzurechnung der obigen 192 ergibt sich also die Ziffer 222. Nicht eingerechnet sind dabei Reaktionen, Briefkasten, Voten, Expedition, Buchhandlung und Expediure. Diese „aufläcker“ Angaben machte ich in der Generalversammlung gegenüber mehreren Zwischenrufen: Der größte Teil der „Vorwärts“-Buchdrucker habe den Mitarbeiterbeitrag nicht abgeliefert.

In gleicher Sache wird uns aus dem Verbandsbureau geschrieben:

Die Mitteilungen, welche laut „Mitteilungsblatt“ Nr. 7 in der Aktionsausführung vom 25. Juni gemacht wurden, daß von den circa 300 im Vorwärtsbetriebe Beschäftigten bis jetzt (also bis 25. Juni) nur 153 dem Rindberger Parteitagbeschlüsse nachgekommen seien und den Tagesberdienst an die Parteilasse abgeliefert haben, sind als völlig korrekt zu bezeichnen. Nach dem 25. Juni ist dann noch eine ganze Zahl der im Geschäft Angestellten dem Beschlusse gefolgt, sodas heute, also am 22. Juli, 223 Genossen ihrer Parteipflicht genügt haben. Es waren aber im Vorwärtsbetriebe am 2. Mai 305 Personen (die drei Lehrlinge ausgeschlossen) tätig, sodas 85 der dort Beschäftigten keinen Beitrag an die Verbandskasse zahlten. Im Gegensatz zu Genossen Fälle, welcher ja ein Solidaritätsgefühl mit seinen Kollegen die Buchdrucker in Schluß nahm, muß dennoch konstatiert werden, daß die „Nichtzahler“ oder vielleicht auch Unorganisierte unter den Werksleuten, den im Maschinen- und Rotationsaal („Neue Welt“) Angestellten zu suchen sind, während die Sterotypente, Buchbinder, Kontor-, Handels- und Transportarbeiter, ja selbst die Scheuerfrauen, dem Parteitagbeschlusse nahezu einhellig nachgekommen sind.

Durch die Kollektibangabe „60 Verbandsmitglieder zahlten a 8 M. Monatsbeitrag“ war eine Feststellung der Einzelpersonen nicht möglich, was auch nicht beabsichtigt.

Der Aktionsausführer beschloß: Die einzelnen Kreise mögen sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und alle Genossen zur stillen Befolgung der Parteitagbeschlüsse anhalten. Wer nicht Genosse ist, nicht der Partei angehört, sich nicht politisch organisiert hat und dennoch in einem Parteibetriebe arbeitet, kann zu nichts gebunden werden, wenn ihn nicht seine Kollegen auf die moralischen Pflichten, welche ihm als Arbeiter obliegen, aufmerksam machen, nicht aber noch mühsam nach „Entschuldigungsgründen“ herumtrotzen.

Häufigdachtig Arbeiter im „Vorwärts“ sind entweder politisch nicht organisiert oder weigern sich, den Parteitagbeschlüssen nachzukommen. Das sagt mehr, als sich durch Worte ausdrücken läßt. Wir wollen selbst annehmen, daß eine größere Zahl der in Frage kommenden am 1. Mai krank gewesen sind und die Nichtzahlung hiermit motivieren, immerhin bleibt es bezeichnend, daß unter einer verhältnismäßig größeren Zahl in Parteibetrieben tätiger Arbeiter derartige „Unstimmigkeiten“ zu Tage treten können.

Weniger muß noch werden, daß die Zahl von 305 Angestellten, von welchen die Rede ist, nur die in der Druckerei Vorwärts Beschäftigten umfaßt; die sonstigen Parteiangestellten, Redakteure, Sekretäre, Personal der Expedition, Buchhandlung usw., waren besonders aufgeführt, haben auch sämtlich die Beiträge geleistet, über welche besonders quittiert wurde.

Schöneberg.

Von einem Hunde zerissen wurde, wie wir dieser Tage meldeten, der zehnjährige Knabe des Eisenbahnarbeiters Jensen. Herr Rodemann bittet uns mitzuteilen, daß das Unglück nicht auf seinem Kohlenplatz passierte und auch nicht von seinem Hunde angerichtet wurde, sondern auf der Straße von dem seinem Nachbar Herrn Jastrow gehörigen Hunde.

Sichtenberg.

Die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins nahm Stellung zum Parteitag. Genosse Wähler hielt das Referat, das sich im wesentlichen auf die Organisationsfrage bezog. Er legte die Gründe dar, die die Parteistandungen Groß-Berlins veranlassen, Änderungsanträge zu stellen. Auch die Parteifrage liege noch im argen und bedürfe einer stärkeren Propagierung.

In der Diskussion wandte sich Genosse Pirus gegen den § 5, welcher besagt, daß den Genossinnen die „Gleichheit“ gratis geliefert werden solle. Bei einem Beitrage von 20 Pfennig kommt die Partei in die unangenehme Lage, noch Geld zuzuzahlen. Was die Delegiertenwahl betreffe, wünscht er, daß sie in Mitgliederversammlungen vorgenommen werde. Durch dieses Wahlverfahren kämen nur die Genossen zum Parteitag, die das Vertrauen der Mitglieder besäßen. Eingebacht wurden folgende Anträge: Im § 5 die Worte: „Den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ unentgeltlich zu liefern“, zu streichen. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Antrag, dem § 7, Abs. 1 ist anzufügen: „Die Wahl der Delegierten ist in Mitgliederversammlungen vorzunehmen“, gelangte ebenfalls zur Annahme. Mit großer Majorität wurde Genosse Brühl als Delegierter für den Parteitag vorgeschlagen, welcher der Kreisgeneralversammlung präsentiert werden soll. Für die Provinzialkonferenz kam Genosse Koppenhagen in Vorschlag.

Johannisthal.

Der Gefangenenverein „Liederfreunde“ veranstaltet am Sonntag, den 26. Juli, ein Walz- und Kinderfest, zu dem die Genossen eingeladen sind, weil der Verein sich auch bei den Parteifreizeiten beteiligt.

Vogtland-Rummelsburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse D. John den Bericht des Vorstandes, danach ist ein gut Stück Arbeit geleistet worden. Den Kassenericht gab Genosse Lenzer. Die Einnahmen vom 2. Quartal betragen 2176,94 M., Ausgaben 1621,49 M., Bestand 555,45 M. — Zum Punkt Aufnahme neuer Mitglieder, wurde ein Antrag des Genossen König angenommen, dahingehend, eine Liste der Neuanzunehmenden in den einzelnen Wohnbezirken auszugeben, um unläuteren Elementen den Eintritt unmöglich zu machen. — Als 2. Vorsitzender wurde Genosse Louis Stein, zum Revisor Genosse Bode gewählt. Sodann wurde der Statutentwurf der vom Parteitag eingesetzten Kommission beraten. Genosse Berger machte zum § 4 den Vorschlag, das Wort „müssen“ zu streichen und dafür „können“ zu setzen. § 5 den Passus „den weiblichen Mitgliedern ist die „Gleichheit“ gratis zu liefern“ zu streichen. Ferner im § 23 die Worte „wiederholt“ und im Absatz „Orts“ zu streichen. Sodann entspann sich eine längere Diskussion. Gen. R. Lohy ist gegen die Änderungsanträge Berger. Für den wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. ist Redner unter der Bedingung, daß dann die Bots und Sammellisten abgeschafft werden. Zum Ausschlußparagrafen macht er den Vorschlag, einzuschalten: „wenn dieselben auch in anderen Arbeiterorganisationen christos handeln“. Kollistadt wünscht den Wahlmodus durch Urabstimmung vorzunehmen. Witzke beantragt, im § 23 „wiederholt“ zu streichen. Ferner beteiligten sich an der Diskussion die Genossen König, Bette, V. John und Rausch. Der Entwurf der Kommission wird sodann gegen einzelne Stimmen mit großer Majorität angenommen, wodurch die gestellten Änderungsanträge abgelehnt wurden. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Wächter und für die Provinzialkonferenz Genosse Witzke einstimmig in Vorschlag gebracht. Die Wahl der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung ergab folgendes Resultat: Dehse, Kowalle, Bette, Staffeld, Weibuller, Lorenz, Davineuz, Georg Schulze, Alfred John, Witz. Schulze und Fr. Schulz und als Erlahmann Hugo John. Sodann wurden die verstorbenen Genossen Ritz, Hilgert, Gronwald, Sapiay, Sutor und Buchholz durch Erben von den Plätzen geehrt.

Mittenwalde.

Einen schmerzlichen Tod in einer Abortgrube hat der 70jährige Schlichtermeister Adolf Hüniger aus Mittenwalde gefunden, der seit vierzehn Tagen vermisst wurde. H. hatte die Absicht gehabt, nach Berlin zu fahren, wollte vorher aber noch einige Kunden besuchen und es konnte nur festgestellt werden, daß er sich in der Richtung nach dem Bahnhof entfernt hatte. In Berlin war aber H. nicht eingetroffen. Jetzt wurde nun seine Leiche in der Abortgrube des Witzschens „Zur Schenke“ bei Mittenwalde aufgefunden. Nach der Lage des Toten zu urteilen, muß dieser kopfüber in die Grube gefallen sein. Daß kein Verbrechen vorliegt, ist dadurch erwiesen, daß bei dem Verstorbenen der volle Geldbetrag aufgefunden worden und an dem Körper des Hüniger keinerlei Verletzungen entdeckt wurden.

Tempelhof.

Endlich? Vor längerer Zeit forderte eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins die Errichtung eines Gewerbegerichts. Jetzt ist diese Angelegenheit soweit gediehen, daß die nächste Gemeindevorstellung sich mit der Sache beschäftigen und darüber Beschluß fassen wird. Jedenfalls tun die freien Gewerkschafter gut daran, sich schon jetzt auf Gewerbegerichtswahlen vorzubereiten.

Spandau.

Vor dem Gewerbegericht wurde am Dienstag unter anderem folgende Sache verhandelt: Es klagt der Schuhmacherjunge Post gegen den Schuhmachermeister Götsch wegen Lohn für zwei Wochen, circa 60 M. Kläger ist am 6. Februar ohne Kündigung entlassen. Der Beklagte wendet ein, daß er zur sofortigen Entlassung berechtigt war, da ihm der Kläger ein Paar Damenschuhe unterlagern. H. war Filialleiter und entnahm am 18. Januar ein Paar Damenschuhe aus dem Geschäft. Erst am 28. Januar, als der Meister durch seine Frau nach dem Schuhen fragte, erklärte H., die habe er sich an demselben Tage entnommen und seiner Frau geschickt. Am 30. Januar bezahlte er dann die Schuhe. Der Beklagte hatte Strafantrag wegen Unterschlagung gestellt, der Staatsanwalt lehnte aber mangels genügenden Beweises ein Einschreiten ab. Das Gewerbegericht nimmt trotzdem eine Unterschlagung an, namentlich aus dem Grunde, weil Kläger die Schuhe erst am 28. Januar suchte und der Frau sagte, er hätte die Schuhe erst an diesem Tage geholt, während er sie tatsächlich am 16. Januar schon entnommen. Kläger wird mit der Klage abgewiesen. — In einer anderen Sache klagt der Bootbauer Schulze gegen die Motorbootwerke wegen 36 M. Lohn. Er ist am 18. Juni vom Polier zum 22. Juni angenommen, erhielt aber am anderen Tage den Befehl, daß er nicht eingestellt werden könne. Warum man den Mann nicht eingestellt hat, geht wohl aus einer Frage der Beklagten hervor, ob Kläger sich nicht nur deshalb um die Stelle beworben, um einen Streit zu inszenieren. Die Klage endet durch Vergleich, indem sich Kläger mit der Hälfte des Geforderten einverstanden erklärt. Interessant ist hierbei noch, daß als die Frage von einem Arbeitgeberbeisitzer gestellt wird, ob bei den Bootbauern keine Tarifvereinbarung besteht, der Vorsitzende, ein Assessor, nichts von solchen Tarifgemeinschaften und von wem sie abgeschlossen werden, wußte. Nachdem er ausgeklärt, war er der Ansicht, daß diejenigen, die den Verbänden, zwischen denen der Tarifvertrag abgeschlossen, nicht angehören, doch auch nicht an die Tarifverträge gebunden sind. Eine Ansicht, die die Weisiger aus den bereits ergangenen Entscheidungen der Gewerbegerichte wiberlegten.

Gerichts-Zeitung.

Der Kriegsminister gegen den „Vorwärts“.

Im „Vorwärts“ vom 4. August 1908 wurden die von Soldatenskindern begangenen Schandtaten beleuchtet und die Möglichkeit solcher Schändereien aus dem System der militärischen Disziplin erklärt, das in dem Gequälten den Mut zur Abwehr erlöte. Daß Soldatenskindereien schleichlicher Art vorgekommen sind, ist durch Urteile von Militärgerichten festgestellt worden. Gerade jener Artikel knüpfte an ein Urteil an, das eben damals gegen einen Unteroffizier Thamm ergangen war und 600 Einzelteile von Mißhandlungen als nachgewiesen erachtete. Inbes, die Ueberschrift „Schänderknechte“ sollte in Verbindung mit dem Inhalt beleidigend sein, und so wurde gegen den „Vorwärts“-Redakteur Genossen Davidsohn, der für die betreffende Nummer die Verantwortung übernommen hatte, Strafantrag gestellt. Er sollte gleich sämtliche Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres beleidigt haben, so behauptet die gegen ihn erhobene Anklage.

Am 16. Februar 1908 wurde vom Landgericht I Berlin (Strafkammer 4 unter Vorsitz des Landgerichtsrats Krißchen, der damals für Landgerichtsdirektor Lehmann eingetreten war, weil Davidsohn diesen im Hinblick auf dessen Landwehroffizierqualität als befangen abgelehnt hatte) Davidsohn der formalen Beleidigung schuldig befunden und gegen ihn auf eine Geldstrafe von 600 Mark erkannt. Das war weniger als die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe von drei Monaten, aber es war — mehr, als das Gesetz erlaubt. Die Verurteilung wegen Beleidigung war erfolgt aus § 185, der als Strafmaximum, sofern auf Geldstrafe erkannt wird, 600 M. vorseht. Die Staatsanwaltschaft mußte wegen der Ueberschreitung des Maximalmaßes des Verurteilten Revision einlegen. Selbstverständlich hatte auch Genosse Davidsohn Revision eingelegt, um womöglich eine vollständige Aufhebung des Urteils zu erreichen. Das Reichsgericht entschied aber, die dem Landgerichtsurteil zugrunde liegenden Feststellungen seien aufrecht zu erhalten, und bezüglich des Strafmaßes sei das Urteil aufzuheben und die Sache zu anderweitiger Entscheidung zurückzugeben.

Hierauf hatte das Landgericht I, vor dem gestern erneut verhandelt wurde (vor Strafkammer 4, diesmal unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Horwich), nur noch darüber zu entscheiden, wie hoch die Strafe zu bemessen sei. Der Artikel „Schänderknechte“ mußte noch einmal vorgelesen werden. Die zufällig im Zuhörerraum sitzenden Mitglieder einer japanischen Studienkommission, die gegenwärtig Deutschland bereist, horchten gespannt auf. Davidsohns Verteidiger, Rechtsanwalt Sieghert Loewy, forderte Vorlesung auch eines „Vorwärts“-Artikels, der über die Militärgerichtsverhandlung gegen Unteroffizier Thamm berichtete, sowie eines weiteren „Vorwärts“-Artikels über Soldatenskindereien, der noch nach dem 4. August erschien. Erst aus dem Zusammenhang all dieser Artikel werde der infrimmierte recht zu verstehen sein. Der Vorlesende bemerkte, es sei ja als bekannt vorauszusetzen, daß zahlreiche Prozesse wegen Soldatenskindereien stattgefunden haben und Verurteilungen erfolgt sind, auch dürfe ohne weiteres geglaubt werden, daß die Meinung verbreitet sei, man habe die Mißhandler zu milde bestraft. Doch seien gegenüber der Entscheidung des Reichsgerichts, die die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts aufrecht erhalte, weitere Feststellungen unzulässig. Das Gericht beschloß, den Antrag des Verteidigers abzulehnen.

Es folgten darauf die Plaidoyers. Der Staatsanwalt meinte, es könne zweifelhaft erscheinen, ob die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision als zungunsten des Angeklagten eingeleitet gelten solle und demnach jetzt noch auf eine Gefängnisstrafe erkannt werden könne. Er selber wolle das — dahingestellt sein lassen. Bezüglich des Strafmaßes sei zu beachten, daß der Ausdruck „Schänderknecht“ in der Volksebene einen Menschen von besonders roher und niedriger Wesenung bedeute, und daß diese Beschimpfung, die auf alle Offiziere und Unteroffiziere bezogen werden müsse, gerade durch den „Vorwärts“ eine besonders weite Verbreitung gefunden habe. Ueber den Angeklagten sei die höchstzulässige Strafe von 600 Mark zu verhängen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Loewy führte aus, daß die als notwendig erachtete Anweisung an die Staatsanwälte, bei Revisionseinlegung sich darüber zu erklären, ob sie zungunsten oder zugunsten des Angeklagten gelten solle, ausgeblieben sei. Doch im vorliegenden Fall sei zweifellos auch von der Staatsanwaltschaft, weil ja die festgesetzte Geldstrafe die zulässige Höhe übersteigt, zugunsten

des Angeklagten Revision eingelegt worden. Aber abgesehen hiervon würde auch bei erneuter Prüfung nicht eine Gefängnisstrafe festgesetzt werden können, weil Davidsohn, der selber noch im Militärverband stehe, berechnigte Interessen gewahrt habe, und weil der Artikel an einen Prozeß anknüpfte, der gerade damals stattgefunden habe. Genosse Davidsohn wandte sich dagegen, daß wieder von der Staatsanwaltschaft so großes Gewicht auf die Ueberschrift „Schänderknecht“ gelegt werde, die wohl allein den Anlaß zur Erhebung einer Anklage gegeben habe. Ein „Schänderknecht“ sei eigentlich minder schlimm als ein „Soldatenschilder“, denn der Schänderknecht vollstrecke nur einen Richterpruch, ein Soldatenschilder aber handle gegen Gesetz und Recht. Der Ausdruck „Soldatenschilder“ sei sozusagen Fachaussdruck geworden, den die gesamte Presse, auch die bürgerliche, gebrauche. Ob etwa auch der strafbar sein solle? Davidsohn versicherte nochmals, daß er selbstverständlich nur wirkliche Soldatenschilder mit dem Artikel und seiner Ueberschrift habe treffen wollen.

Das Urteil lautete: 600 Mark Geldstrafe. Nach der Entscheidung des Reichsgerichts sei daran festzuhalten, daß Davidsohn alle Offiziere und Unteroffiziere des preussischen Heeres beleidigt habe. Für die Strafmaßbestimmung komme als mildernd in Betracht, daß der Artikel an einen Mißhandlungsprozeß anknüpfte. Als erschwerend falle ins Gewicht, daß darin „fast auf jeder zweiten Zeile“ (der Artikel umfaßte 163 Zeilen. Red. d. V.) „maßlose Uebertreibungen“ enthalten seien, deren Sinn und Zweck nur sein könne, die Offiziere und Unteroffiziere in ihrer Berufshere zu kränken.

Der für strafbar erklärte Artikel charakterisierte lediglich das System, das zu rohen, feigen und niedrigen Mißhandlungen an Soldaten geführt hat, sowie die Verüber dieser Mißhandlungen. Der Kriegsminister und der Staatsanwalt erachteten dadurch sämtliche Offiziere und Unteroffiziere, einschließlich der Mißhandler, für beleidigt. Das Gericht ist dieser irrigen, für die Offiziere, Unteroffiziere und das Militärsystem nichts weniger als schmeichelhaften Auffassung gefolgt und hat lediglich den formalen Beleidigungsparagrafen unter Ausschluß des Wahrheitsbeweises zulassenden § 186 des Reichsstrafgesetzbuches gegen unsere Kritik angewendet. Dadurch ist nicht ein Jota an unserer sachlichen, vollkommen berechtigten und notwendigen Verurteilung des Militärsystems aus der Welt geschafft. In Wahrheit ist dieses selbst und seine Verantwortlichen durch das Urteil getroffen. Wer zum Schutz eines Systems, das zum Himmel schreiende Mißhandlungen ermöglicht, nach Staatsanwalt und Strafgesetzbuch ruft, zeigt dadurch lediglich seine Ohnmacht, unsere Brüder im Waffenrock vor den gemeinsten Scheuseligkeiten zu schützen. Uns können strafgerichtliche Prozeduren, auch wenn sie wie das erste Urteil offensichtlich das Strafgesetzbuch verletzen, von der rasiosen Kritik des für unser Vaterland verderbenden Systems nicht abhalten. Und das System selbst, dessen Kritik der Kriegsminister, wie dieser Prozeß zeigt, fürchtet, wird gebrochen werden.

Unter der Anklage der Unterschlagung mußte sich gestern der Rechtsanwalt Erich Haack

vor der 4. Kammerstrafkammer des Landgerichts I verantworten. — Der Angeklagte erkrankte im Sommer 1907 an einem Herdenleiden und war genötigt ein Sanatorium in Grünberg in Schlesien aufzusuchen. In seiner damaligen Gemütsverfassung kam H. zu der ganz außerordentlichen Handlungsweise, seinem Bureau vortretter Kellermann, der augenblicklich eine längere Gefängnisstrafe in dem Strafgefängnis Zegel zu verbüßen hat, Generalvollmacht zu erteilen. Kellermann unterschrieb nun mit dem Namen des H. alle möglichen Schriftstücke und Urkunden, verhandelte mit den Mandanten, schloß Verträge im Namen des H. ab usw. Um jene Zeit habe ein Fräulein H. einen Alimentationsprozeß gegen einen Offizier angestrengt, in welchem es schließlich zu einem Vergleich kam, der dahin ging, daß die Klägerin H. als Abfindung 500 M. erhalten sollte. Dieses Geld wurde an Rechtsanwalt H. per Post abgesandt und ging hier am 2. Januar vorigen Jahres in dem Bureau ein, wo es Kellermann in Empfang nahm. An demselben Tage telephonierte der Angeklagte von Grünberg aus an H., ob Geld für die Bezahlung der Gehälter vorhanden sei. Als Kellermann dies verneinte, soll ihm, wie die Anklage behauptet, der Angeklagte den Auftrag gegeben haben, jene 500 M. zur Zahlung der Gehälter zu verwenden, wie dies auch tatsächlich geschehen ist. Dieser Sachverhalt gelangte zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, die das vorliegende Strafverfahren einleitete.

In der gestrigen Verhandlung erhob Rechtsanwalt Dr. Walter Jaffe den Einwand der örtlichen Unzuständigkeit, da sich die Tat selbst in dem damaligen Bureau des H. in dem südlichen Teil der Potsdamer Straße zugetragen habe, der Angeklagte außerdem auch in Steglitz, also im Bezirk des Landgerichts II, seinen Wohnsitz habe. Das Gericht mußte sich aus den angeführten Gründen für unzuständig erklären. Die Verhandlung wird demnächst vor dem Landgericht II stattfinden.

Ein Glendbild.

Vor dem Spandauer Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Arbeiter Wilhelm Dodelmann zu Döllgow, ein Witwer mit vier Kindern, zu verantworten. Er hatte vom Amtsvorsteher zwei Strafmandate von je 6 M. erhalten, weil er seine beiden Kinder im Mai dieses Jahres unentschuldig aus der Schule behalten hat. Er erhob Einspruch und wendet ein: Infolge Arbeitslosigkeit habe er keine Miete nicht zahlen können und sei von seinem Wirt, dem Gastwirt Kurth, auf die Straße gesetzt. Da er eine andere Wohnung nicht erhalten konnte, habe man ihn mit seinen vier Kindern im Spreyenhau untergebracht. Dort hätte er aber seine Kinder nicht reinigen und ihnen kein warmes Essen machen können, und es könne ihm niemand zumuten, daß er seine Kinder ohne Reinigung und Bedienung zur Schule schicke. Als nach etwa acht Tagen die Gemeinde dafür gesorgt, daß die Kinder warmes Essen erhielten, habe er sie auch sofort zur Schule geschickt. Das Gericht beschloß Vertagung. Es soll der Gemeindevorsteher geladen werden.

Unser Kampf um das Recht.

Das Braunschweiger Schöffengericht hat zu einer politischen Versammlung eine Gewerkschaftsversammlung geschleppt, die gar nicht stattgefunden hat.

Der Bureauvorsteher Genosse Jänike hatte zum 3. Juni d. J. eine öffentliche Versammlung der Bureauangestellten einberufen, in der der Bureauvorsteher Bauer aus Berlin einen Vortrag über „Unser Kampf um das Recht“ halten sollte. Ein zur Ueberwachung erschienener Polizeiwachmeister wurde von dem Einberufer aus dem Lokale gewiesen. Er ging aber nicht, sondern löste die Versammlung als „politische“ auf. Genosse Jänike wurde dann gar noch mit einem Strafmandat über 30 M. bestraft, beantragte aber richterliche Entscheidung. Das Schöffengericht stimmte der Meinung der Polizei zu und verurteilte den Angeklagten zu zehn Mark Geldstrafe, eventuell zwei Tagen Haft. In der Versammlung ist zwar kein Wort gesprochen worden, der Referent hat seinen Vortrag gar nicht einmal begonnen; die Versammlung wurde vielmehr aufgelöst, noch ehe sie in die Verhandlungen eingetreten war. Das hat aber alles nichts zu sagen. Die Versammlung wurde als öffentliche politische und demgemäß anmeldspflichtig behandelt, weil — aus der Fassung des einladenden Inserats für Polizei und Gericht zweifellos hervorgehe, daß politische Angelegenheiten in ihr behandelt werden sollten.

Das Braunschweiger Urteil ist unhaltbar und macht dem politischen, juristischen und psychologischen Scharfsinn des Braunschweiger Schöffengerichts keine Ehre.